

## HITLERS VERNICHTUNGSSTRATEGIE

### **Die Flucht- und Befreiungskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mittel-europas Band I/06**

#### Das Schicksal der Deutschen in Polen, Rumänien und Jugoslawien

##### **Polen**

>>Der größte Haß ist, wie die größte Tugend und der schlimmste Hund, still.<< (Jean Paul)

Nach dem sowjetischen Einmarsch wurden in Polen alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten durch "dehnbare Gesetze", Dekrete und Verordnungen legalisiert, um mit den Reichs- und Volksdeutschen abzurechnen. Die faschistisch-hitleristischen Verbrechen wurden derartig allgemein gefaßt, daß praktisch jede Willkürmaßnahme erlaubt war. Die öffentlichen Sicherheitsbehörden (polnische Milizen und Polizei) nahmen sämtliche "verdächtigen Personen" und "Volksverräter" fest. Anklagebegründungen waren nicht erforderlich, da es sich um Sonderstrafverfahren handelte. Rechtsschutz erhielten die festgenommenen Volks- und Reichsdeutschen ebenfalls nicht. Sie konnten ohne Angabe von Gründen für unbegrenzte Zeit in Gefängnisse und Internierungslager eingewiesen werden.

Alle Volksdeutschen, die bis 1939 polnische Staatsbürger gewesen waren, wurden als Volksverräter eingestuft und zur Rechenschaft gezogen. Sie wurden ohne gesetzliche Grundlage der Zwangsarbeit unterworfen, verloren ihre bürgerlichen Ehrenrechte und ihr gesamtes Vermögen. Die Aburteilung führten zunächst polnische Sonderstrafgerichte durch. Gegen diese Urteile gab es keine Revisionsmöglichkeit oder Einspruchsrechte.

Nachdem die Rote Armee Zentral- und Westpolen erobert bzw. "befreit" hatte, beteiligten sich vor allem polnische Milizen und Partisaneneinheiten an zahllosen Verbrechen (in den polnischen Gebieten hielten sich noch mindestens 1,0 Millionen Volks- und Reichsdeutsche auf).

Die Bürgermilizen, Partisanen und der Pöbel waren schon bald gefürchteter als die verrohten Soldaten der Roten Armee. Bei den schwerbewaffneten polnischen Milizen ("Organe der öffentlichen Sicherheit") handelte es sich vielfach um fanatische 15-16jährige Jugendliche, arbeitsscheues Gesindel, entlassene Schwerverbrecher, zwielichtige Elemente und Straftäter aller Art, die ihre Machtpositionen für hemmungslose Plünderungen und private Racheakte mißbrauchten. Die sogenannte Intelligenz und die Mehrheit der polnischen Zivilbevölkerung hielten sich zunächst noch zurück.

Im Generalgouvernement, in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie in Ostoberschlesien herrschten brutaler Terror und grenzenlose Willkür. Fast alle Volks- und Reichsdeutschen, die in den polnischen Gebieten geblieben waren oder nach der gescheiterten Flucht zurückkehrten, fielen willkürlichen Massenverhaftungen zum Opfer, weil sie während der Beschlagnahmung und Plünderung ihrer Höfe, Geschäfte und Wohnungen störten. Die Plünderer stahlen gewöhnlich alles, was nicht "niet- und nagelfest" war. Nach der "Befreiung" Zentral- und Westpolens füllten sich schon bald die polnischen Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager. Für die rechtlosen Deutschen begannen grausame Zeiten.

Im Jahre 1958 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Polen-Deutschen (Volksdeutsche, die in polnischen Gebieten und in Danzig lebten). Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 274.900 "ungeklärte Fälle" (x026/30).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954

über das Schicksal der Deutschen in Polen (x001/123E-131E): >>Das Schicksal der deutschen Bevölkerung im polnischen Staatsgebiet

Nachdem im Sommer 1944 die Rote Armee die östliche Hälfte Polens erobert hatte und Lublin in ihre Hand gefallen war, konstituierte sich am 22. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung zur Übernahme aller zivilen Verwaltungsangelegenheiten. Sämtliche Mitglieder waren Angehörige der Union der polnischen Patrioten, zu der sich im Exil in Rußland lebende Kommunisten zusammengeschlossen hatten. Unter dem Einfluß der Sowjet-Union, welche - die Londoner Exilregierung Polens ignorierend - das Lubliner Komitee als allein rechtmäßige Vertretung Polens anerkannte, erklärte sich dieses am 1. Januar 1945 zur vorläufigen Regierung Polens.

Bereits unmittelbar nach seiner Konstituierung traf das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung am 26. Juli 1944 mit dem sowjetischen Oberkommandierenden in Polen eine Vereinbarung, wonach alle Teile des polnischen Territoriums, die "nicht mehr in der Zone der unmittelbaren Feindseligkeiten" liegen, seiner Verwaltung unterstehen.

Auf Grund dieses Abkommens ging unmittelbar nach der Eroberung die Verwaltung Zentralpolens und der Westgebiete des polnischen Staates an polnische Behörden und polnische Miliz über. Nach kurzer Zeit rückten die russischen Kommandanturen ab. Die Organe des wiedererrichteten polnischen Staates bestimmten nunmehr das Schicksal der Deutschen, die besonderen gesetzlichen Verfügungen und politischen Maßnahmen unterworfen wurden.

Als die Rote Armee zum Angriff ansetzte, lebten in den Gebieten, die vor dem Kriege zum polnischen Staat gehört hatten, rund 1,6 Millionen Deutsche. Die Zahl derer, die in ihren Heimatorten verblieben oder nach mißglückter Flucht dorthin zurückkehrten, läßt sich nur ungefähr schätzen. Doch wird man annehmen müssen, daß etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung, d.h. ca. 800.000 Deutsche, noch im Gebiet des polnischen Staates anwesend war, als den polnischen Kommunisten von der Roten Armee die Verwaltungshoheit übergeben wurde.

Das Unheil, das über diese Deutschen hereinbrach, läßt sich nicht verstehen ohne die vorausgehende Geschichte eines durch zweieinhalb Jahrzehnte sich hinziehenden erbitterten Nationalitätenkampfes. In seinem Verlauf waren nach der aufgrund des Versailler Vertrags vorgenommenen Abtrennung deutscher Gebiete Hunderttausende von Deutschen aus ihrer Heimat verdrängt worden. Nur ein geringer Teil konnte in Posen und Westpreußen zurückbleiben; seine Lage hatte sich, zuletzt seit 1933, zunehmend verschlechtert.

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er das Opfer furchtbarer Ausschreitungen, die Tausenden, vor allem in Bromberg, das Leben kosteten. Schließlich waren es von anderer Seite die radikalen Maßnahmen der nationalsozialistischen Unterdrückungspolitik, die auf die Vernichtung der polnischen Oberschicht und die Herabdrückung des polnischen Volkes in ein Fellachendasein zielten, die den leidenschaftlichen Haß aller Polen und einen ebenso leidenschaftlichen Vergeltungsdrang weckten, der nun auf Unrecht neues, nicht geringeres Unrecht häufte und einzelne Gruppen eines leicht erregbaren Volkes zu entsetzlichen Gewalttaten verleitete.

Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen begann daher für die Deutschen, die sich im Bereich des wiedererrichteten polnischen Staates befanden, eine Zeit ungeheurer Leiden und Entbehrungen. Waren auch sie wie überall den Gewalttaten sowjetischer Soldaten ausgesetzt, so wurden sie erst recht wegen ihrer volksmäßigen Verbundenheit mit der deutschen Okkupationsmacht für deren Wirken haftbar und verantwortlich gemacht.

Exzesse gegen einzelne Deutsche, vor allem aber öffentliche Ausschreitungen gegenüber ganzen Gruppen und Kolonnen von Deutschen, die in Lager abgeführt oder zu Aufräumarbeiten eingesetzt wurden, wie etwa in Warschau, Lodz, Konitz und anderen Städten, machen deutlich, welches Maß an Feindschaft und Haß sich über Menschen ergoß, die, gleich, ob persönlich mitschuldig oder unschuldig, für das büßen mußten, was gewissenlose Elemente im

Namen des Volkes begangen hatten, dem auch sie angehörten.

Reichsdeutsche, Umsiedler aus Ost- und Südosteuropa und alteingesessene Volksdeutsche waren in gleicher Weise den spontanen Ausschreitungen und behördlichen Maßnahmen ausgesetzt, die seit dem Einzug der Roten Armee über alle Deutschen in den polnischen Provinzen hereinbrachen, zumal die Deutschen vielerorts, zweifellos in bewußter Anknüpfung an die nationalsozialistische Judenpolitik, auf ihrer Kleidung weithin sichtbare Zeichen (weiße Armbinden, Hakenkreuze) zu tragen hatten.

So als Deutsche gezeichnet, wurden sie der Gegenstand von Verhöhnungen und Mißhandlungen, die oft von Halbwüchsigen und Milizangehörigen ausgingen. Unzählige Deutsche sind in jenen Tagen und Wochen nach der Eroberung von polnischen Behörden ohne Auftrag aus reiner Willkür verhaftet, von Bewachungsmannschaften gequält, dann wieder grundlos entlassen und aufs neue aufgegriffen worden.

Es war ein Zustand ungezügelter Sieges- und Vergeltungsrausches, der sich besonders in den Städten zu Massendemonstrationen auswuchs, sich aber auch in den abgelegensten Gegenden und kleinsten Orten auswirkte, zumindest in der Weise, daß das Eigentum der Deutschen ständig geplündert wurde, daß ihnen oft auf der Straße die Kleidungsstücke vom Leibe gerissen wurden oder daß sie ganz nach Laune und Bedarf zu schmutzigen Zwangsarbeiten geholt wurden. Am meisten litten die deutschen Frauen, die zu alledem oft Tag und Nacht von russischen Soldaten belästigt wurden, so daß viele von ihnen den selbstgewählten Tod einem unerträglichen Leben vorzogen.

Mitunter wurde das Los einzelner Deutscher ein wenig erleichtert, weil manches freundschaftliche Verhältnis zu polnischen Familien Schutz vor Nachstellungen russischer Soldaten, vor Plünderungen und Gewalttaten gewährte, im ganzen gesehen, bedeuteten jedoch auch solche Fälle nur Gradunterschiede eines in jedem Falle entsetzlichen Schicksals, das im Zeichen der Vergeltung und Rache stand.

Im Hinblick auf die Verbrechen, die während der deutschen Okkupation an Polen und polnischen Juden begangen worden waren, ist das Vorgehen der Polen wohl erklärbar, es kann damit aber niemals entschuldigt werden. Denn gerade im Jahre 1945 waren die polnischen Behörden und Sicherheitsorgane weit entfernt von einem ernsthaften Bemühen, die Schuldigen zu finden und zu strafen, sondern der Vergeltungswille machte sich blindlings Luft und schlug auf alle Deutschen zu, obwohl man wissen mußte, daß die, die man verhöhnnte, mißhandelte, verhaftete und tötete, in der Regel nicht die Schuldigen und oft völlig Ahnungslose waren.

Das Blindwütige solcher unterschiedslos gegen alle Deutschen gerichteten Verfolgungen, auch dort, wo sie aus einem berechtigten Verlangen nach Sühne geschahen, zeigte sich, als man im Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 verschiedentlich Massengräber von Polen, die während der deutschen Besetzung umgebracht worden waren, exhumieren und die Leichen auf Ehrenfriedhöfen beisetzen ließ, wobei Deutsche gezwungen wurden, unter einer zahlreichen, tobenden Zuschauermenge die Leichen umzubetten, und dabei Schmähungen, Mißhandlungen und Erniedrigungen schlimmster Art über sich ergehen lassen mußten.

Von solchen mehr oder minder spontanen Äußerungen von Vergeltungsgefühlen und nationalistischer Leidenschaft sind die systematischen Maßnahmen zu unterscheiden, die der polnische Staat zur Bekämpfung des Deutschtums ergriff. Mehrere umfangreiche Gesetze mit einer Fülle sehr dehnbarer Durchführungsverordnungen boten die Handhabe, jeden Deutschen zu treffen, der sich im Bereich des wiedererrichteten polnischen Staates befand.

Zwei Gruppen von Gesetzen bildeten die Grundlage für die Verfolgung der Deutschen: die Dekrete über die "Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher", der Komplex von Dekreten über "Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation", und über die "Ausscheidung feindlicher Elemente ...", später "... von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft."

Das Dekret vom 31. August 1944 über die "Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher" richtete sich zunächst nur gegen Personen, deren Verhalten während der deutschen Besatzung zur Schädigung polnischer Zivilpersonen und Kriegsgefangener geführt hatte.

Das Abänderungsdekret vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Strafrahmen und dehnte insbesondere die Straffälligkeit auf die bloße Beteiligung an "verbrecherischen Organisationen" aus, womit zahlreiche Verhaftungen noch nachträglich legitimiert werden sollten. Denn zahlreiche Deutsche waren auf bloßen Verdacht hin oder allein ihres Deutschtums wegen während der Verhaftungswelle unmittelbar nach dem Einfall der Roten Armee ohne gesetzliche Grundlage in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt worden und blieben dort mitunter noch Jahre, ehe sie abgeurteilt wurden.

Die Vielzahl willkürlicher, oft auf bloßen Denunziationen beruhender Verhaftungen von Deutschen sind durch weitauslegbare Gesetze mit unklaren oder nicht eindeutig formulierten Bestimmungen geradezu heraufbeschworen worden.

So ließ sich z.B. der in dem Dekret zur Bestrafung faschistischer Verbrechen vom 31. August 1944 enthaltene Passus, daß der Bestrafung anheimfalle, wer an der "grausamen Behandlung oder Verfolgung von Zivilpersonen oder Kriegsgefangener beteiligt" gewesen sei oder von diesen "Leistungen" erzwungen habe "unter der Drohung ihrer Festnahme und Übergabe in die Hände der Okkupationsmacht", auf geringfügigste Vorkommnisse anwenden. Denn jeder Befehl, der von Deutschen an polnische Kriegsgefangene ergangen war, konnte notfalls als "Zwang zu Leistungen unter Drohungen" interpretiert werden, und auch die Anklage wegen "grausamer Behandlung" wurde in vielen Fällen auf bloße Behauptungen und Vermutungen gestützt.

Ebenso mußte die Verfügung, daß die polnischen Sicherheitsbehörden (Miliz und UB) zur Verhaftung verpflichtet waren, sofern nur ein "begründeter Verdacht" vorlag, dazu führen, daß auch böswillige Denunziationen zur Inhaftierung von Deutschen genügten.

Die in erschreckend hohem Maße willkürlich oder aus unzulänglichen Verdachtsmomenten vorgenommenen Verhaftungen wogen um so schwerer, als es für alle, die einmal verhaftet waren, auch dann, wenn die Unhaltbarkeit der Anklage offenkundig war, kaum noch eine Möglichkeit der Entlassung gab.

Da meist schon über das Vermögen der Verhafteten verfügt war, hätte eine Entlassung nur neue Schwierigkeiten gebracht, und so griff man lieber zu der einfacheren Methode von Verhören, bei denen man die Verhafteten unter oft schweren Mißhandlungen zwang, Geständnisse von Verbrechen abzulegen, die diese niemals begangen hatten. Diese Verhöre, die dazu dienten, Anklagepunkte festzulegen, die man den Sonderstrafgerichten zuzuleiten hatte, haben oft zu den schlimmsten Übergriffen geführt, und viele Deutsche sind schon dabei ums Leben gekommen.

Tausende von Deutschen, die auf der Flucht oder noch in ihren Heimatorten in Polen von der Roten Armee angetroffen wurden, sind den Massenverhaftungen, die unmittelbar nach der Eroberung einsetzten, zum Opfer gefallen. Die großen Zuchthäuser Polens, vor allem Fordon bei Bromberg, Graudenz, Krone an der Brahe, Lodz, Mokotow in Warschau, und auch die kleineren Gefängnisse in den Kreisstädten waren bald mit Inhaftierten überfüllt, die unter roher Behandlung, unzureichender Ernährung und bei schweren Strafarbeiten gefangen gehalten wurden. Viele haben diese Zeit nicht überstanden und sind den Strapazen erlegen. Andere wurden zwangsweise nach Rußland deportiert, wenn die Russen polnische Behörden nötigten, Gefängnisinsassen zu diesem Zweck auszuliefern.

Der größte Teil der Inhaftierten jedoch verbrachte mehrere Jahre in den polnischen Gefängnisanstalten. Erst 1946/47 wurden sie einem Gerichtsverfahren unterworfen und dann zumeist zu einer Gefängnishaft von mindestens drei Jahren verurteilt. Die Zeit der Untersuchungshaft wurde ihnen in verschiedener Höhe angerechnet.

Nach Verbüßung ihrer Strafe erhielten die Inhaftierten jedoch ihre Freiheit nicht zurück. Sie

wurden einem Arbeitslager zugeführt und entsprechend ihrer körperlichen Verfassung zu Zwangsarbeiten verwandt.

Die Maßnahmen gegen die Deutschen in Polen wurden in abgeschwächter Form auch gegen die deutsche Bevölkerung der Freien Stadt Danzig und des ehemaligen Regierungsbezirkes Westpreußen angewandt, die durch Dekret vom 30. April 1945 der Wojewodschaft Danzig einverleibt worden waren. Auch viele Bewohner dieser Gebiete wurden verhaftet, in die Danziger Gefängnisanstalten eingeliefert und später nach Fordon bei Bromberg überführt, um nach ihrer Entlassung aus der Gefängnishaft ebenfalls in Arbeitslagern interniert zu werden.

Der zweite, weitaus umfassendere Kreis von Gesetzen des polnischen Staates gegen die deutsche Bevölkerung wird durch den Komplex der "Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation" gebildet. Als "Verräter der Nation" definierte der Gesetzgeber einen "polnischen Staatsbürger, der während der deutschen Okkupation ... entweder seine Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder seine deutsche Abstammung erklärt oder tatsächlich von den Rechten und Privilegien der Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder der deutschen Abstammung Gebrauch gemacht hat ...".

Bei der strafrechtlichen Verfolgung von "Verrätern der Nation" legte die polnische Gesetzgebung die Klassifizierungen zugrunde, die im Zuge der nationalsozialistischen Volkspolitik in den besetzten und eingegliederten Ostgebieten zur Unterscheidung der Deutschen von den Polen eingeführt worden waren.

Im Gebiet des Generalgouvernements handelte es sich hierbei um die Klasse der "Deutschstämmigen" und im Warthegau und den anderen Teilen der eingegliederten Ostgebiete, wo die Differenzierung noch weiter gegangen war, um die Angehörigen der deutschen Volksliste, die je nach dem Grade ihrer "Deutschstämmigkeit" in vier verschiedene Kategorien (Volksliste 1-4) eingestuft worden waren, ferner auch um die Gruppe der "Leistungspolen". –

Alle diese durch das nationalsozialistische Regime begünstigten Personen, denen von den deutschen Behörden entsprechende Ausweise ausgestellt worden waren, die den Polen nunmehr als Beweismittel dienen konnten, galten zunächst generell als Kollaboranten und Verräter und fielen damit automatisch unter die entsprechenden polnischen Strafgesetze.

Das wichtigste dieser Gesetze, das Dekret vom 28. Februar 1945 über die "Ausscheidung der der polnischen Nation feindlichen Elemente aus der Volksgemeinschaft", sah lediglich gewisse Rehabilitierungsmöglichkeiten für die Angehörigen der Volkslisten 2-4 sowie für die Gruppe der "Leistungspolen" vor, wenn diese nachweisen konnten, daß sie gegen ihren Willen und unter Zwang in die einzelnen Gruppen eingestuft worden waren, und durch ihr Verhalten ihre polnische Volkszugehörigkeit bewiesen hatten, und die außerdem bereit waren, eine Loyalitätserklärung gegenüber dem polnischen Staat abzugeben.

Die Konsequenzen des Ausschlusses aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Heranziehung zur Zwangsarbeit und "Unterbringung an einem abgesonderten Ort".

In den 1944 und 1945 erlassenen Gesetzen war zunächst ganz allgemein vom Ausschluß "feindlicher Elemente" gesprochen worden, später - im Dekret vom 13. September 1946 - ist dann ausdrücklich festgelegt worden, daß es sich hierbei um die "Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft" handelte.

Es wurde darin festgelegt, daß als Kriterium der deutschen Volkszugehörigkeit die aktive Bekundung der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum zu gelten habe, wobei die während des Krieges vorgenommenen Deutschtumserklärungen als nicht allein maßgeblich bezeichnet wurden, weil man nur die echten deutschen Volkszugehörigen treffen wollte, nicht alle Personen, die sich unter dem Druck der Verhältnisse während des Krieges formell zum Deutschtum bekannt hatten. Als Folge der Ausschließung aus der polnischen Volksgemeinschaft wurde in Art. 4 des Dekretes vom 13. September 1946 die Aussiedlung aus dem polnischen Staatsgebiet festgelegt.

Die nationale Ausschließungspolitik des polnischen Staates ist formell erst mit dem Gesetz

vom 20. Juli 1950 abgeschlossen worden, das schon einen rein kommunistischen Tenor besaß und gegenüber der von nationalistischen Tendenzen bestimmten Politik der ersten Nachkriegsjahre die Stärkung der "Volksmacht" in den Vordergrund stellte. Alle Verfahren gegen polnische Bürger, die in der Zeit des Krieges ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum oder ihre Deutschstämmigkeit bekundet hatten, wurden eingestellt, neue nicht mehr eingeleitet. Den Betroffenen wurden die vollen Bürgerrechte zurückgegeben. –

Da aber bis zum Frühjahr 1950 die große Masse der in Polen beheimateten Volksdeutschen bereits ausgewiesen war, konnte dieses Gesetz im wesentlichen nur den "Rehabilitierten" Erleichterungen bringen; für das Deutschtum in Polen brachte nicht dieser gesetzliche Akt, sondern die Austreibung den Abschluß jahrelanger Verfolgung.

Der Leidensweg der Deutschen in Polen läßt sich aus den Gesetzestexten allein nicht erkennen. Die Erlebnisberichte erst geben uns ein Bild davon, wie die Gesetze im einzelnen angewandt wurden, und welche Folgen sie für die Deutschen hatten. Die Maßnahmen der Enteignung, der Internierung und der Zwangsarbeit machen die furchtbare Wirklichkeit aus, in die sich die deutsche Bevölkerung gestellt sah.

Zu den ersten folgenschweren Maßnahmen, die der polnische Staat gegen die deutsche Bevölkerung verhängte, gehörte die entschädigungslose Vermögensenteignung. Sie wurde in verschiedenen Formen durchgeführt und bis Ende Mai 1945 beendet. Es begann damit, daß einzelne Polen sofort nach dem Einmarsch russischer Truppen Wohnungen, Häuser und Höfe deutscher Eigentümer für sich in Besitz nahmen. Nach dem Erlaß des Dekrets vom 28. Februar 1945, welches ganz allgemein die Enteignung der deutschen Bevölkerung anordnete, legalisierten polnische Behörden dieses eigenmächtige Vorgehen.

Bei wachsendem Zustrom polnischer Interessenten wurden die Enteignungen in den Monaten März bis Mai 1945 in geschlossenen Aktionen auf ganze Dörfer ausgedehnt und die deutschen Bewohner kurzfristig aus ihren Höfen und Häusern herausgesetzt. Besitzanweisungen wurden ausgestellt, bei deren Verteilung sich bereits der Einfluß der Kommunistischen Partei bemerkbar machte. Neben polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten Polens waren es vornehmlich die polnischen Landarbeiter deutscher Bauern, die bei der Verteilung deutschen Eigentums berücksichtigt wurden. Größere Güter soweit sie nicht von der russischen Armee in Verwaltung genommen worden waren, verfielen der Bodenreform und wurden nach der Parzellierung an polnische Siedler verteilt.

Manche Polen, die ihren neuen Besitz antraten, gestatteten den enteigneten Deutschen, auf ihrem Anwesen zu bleiben, sei es, um sie nicht unmittelbar dem Elend preiszugeben, sei es, um ihre Arbeitskraft auszunützen. In Dachkammern, Schuppen und Abstellräume verdrängt, wurden diese Deutschen auf ihren ererbten Höfen zu bloßen Arbeitskräften der neuen polnischen Besitzer und mußten für karge Nahrung ohne Entgelt schwerste Arbeiten verrichten, oftmals unter Schikanen und Mißhandlungen.

Andere wiederum wurden von den neuen polnischen Besitzern sofort von ihrem Eigentum verjagt, ohne daß die Eindringlinge Rücksicht auf Alte und Kinder nahmen. Den Vertriebenen wurde nicht einmal gestattet, das Lebensnotwendige einzupacken; obdachlos, hungernd und frierend irrten sie umher, bis sie, oft erst nach Tagen, Unterschlupf fanden in verfallenen Gebäuden, in Viehställen, bei Verwandten oder mitleidigen Polen, die sich durch ihre Aufnahme selbst gefährdeten.

Besonders hart traf dieser Verlust diejenigen Deutschen, die durch die Umsiedlungsaktion der nationalsozialistischen Regierung in den Jahren 1939 und 1940 schon einmal ihre Heimat in Ost- und Südosteuropa verloren hatten. Sie waren im damaligen Warthegau in landwirtschaftliche Betriebe eingewiesen worden, deren polnische Besitzer man vorher entfernt hatte. Nun kehrten diese oft schon im Gefolge der russischen Truppen zurück und ließen ihre Erbitterung an den persönlich unschuldigen, wider ihren Willen in die nationalsozialistische Verdrängungspolitik verstrickten, heimatlosen Umsiedlern aus, denen die Rückkehr in ihre alte Hei-

mat in den baltischen Ländern, in Rumänien, Jugoslawien versperrt war. –

Ein besonders tragisches Los erlebten zahlreiche Rußlanddeutsche. Viele von ihnen, zumindest diejenigen, die erst im Verlauf des Rückzuges der deutschen Truppen aus Rußland (1943/44) nach dem Warthegau gekommen und dort angesiedelt worden waren, wurden 1945 von den Sowjets aufgegriffen und in Straflager nach Rußland deportiert, wo vermutlich ein großer Teil von ihnen zugrunde gegangen ist.

Die Folge des Enteignungsdekrets vom 28. Februar 1945 war ein radikaler Umsturz der Besitz- und Vermögensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in Polen. Anders als in den ostdeutschen Reichsgebieten, wo sich der Prozeß der Verelendung infolge des langsamen Einsickerns polnischer Ansiedler nur allmählich vollzogen hatte, sah sich die deutsche Bevölkerung im Bereich des polnischen Staates mit einem Schläge der Besitzlosigkeit und der damit verbundenen materiellen Not ausgesetzt und als diskriminierte nationale Minderheit auf die niedrigste soziale Stufe herabgedrückt.

Bereits im Mai 1945 war infolge der radikalen Enteignung das gesamte Deutschtum im polnischen Staatsgebiet entwurzelt und hinter dem Stacheldraht der Internierungslager heimatlos geworden. Ihrer Freizügigkeit beraubt und aus dem polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft ausgeschaltet, wurden die Volksdeutschen zu jahrelanger Zwangsarbeit herangezogen, bevor man sie außer Landes verwies.

Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über das Schicksal der Deutschen in Polen (x010/35,37): >>Die von Polen gegenüber in den deutschen Siedlungsgebieten Polens und den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße verbliebenen Deutschen verübten Gewalttaten standen im Zeichen eines Vergeltungswillens für Unrechtstaten, die die polnische Bevölkerung während der deutschen Besatzungszeit erfahren hatte. Dabei kamen durchaus auch blinde nationalistisch gestimmte Haßgefühle zum Ausdruck. ... Täter waren in der Mehrzahl Angehörige einer willkürlich zusammengestellten Miliz, in geringerer Anzahl Zivilpersonen, die im Zusammenhang mit Plünderungen Deutsche überfielen.

Die Gewalttaten setzten größtenteils im Zuge einer Verhaftungswelle ein, die auf Grund von Dekreten des polnischen kommunistischen Komitees der Nationalen Befreiung - ab 1.1.1945 von der Sowjetunion als vorläufige Regierung Polens anerkannt - durchgeführt wurde. ...

Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen. ...<<

>>... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.

In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt. ...

In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren,

wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.<<

## Rumänien

>>Wer den Kredit verloren hat, der ist tot für die Welt.<< (Deutsches Sprichwort)

Da der Kurswechsel in Rumänien überraschend kam, wurden von August bis November 1944 höchstens 100.000 Rumänien-Deutsche in den Westen evakuiert. In erster Linie flüchteten maßgebliche NS-Funktionäre, die sich mit den abrückenden deutschen Truppen absetzten. Nachdem man in den Jahren 1940-43 bereits rd. 215.000 Volksdeutsche aus der Bukowina, der Dobrudscha, Bessarabien und anderen rumänischen Gebieten umgesiedelt hatte, erlebten ca. 404.000 volksdeutsche Zivilisten den sowjetischen Einmarsch in Rumänien (x007/46E).

Die sowjetischen Truppen benahmen sich im allgemeinen diszipliniert, denn nach dem rumänisch-sowjetischen Bündnis wurde Rumänien nicht mehr als "feindliches Land" angesehen. Sowjetische Offiziere ordneten in Rumänien vielerorts Alkoholverbote an und verhängten drakonische Strafen, so daß sich dort keine gewalttätigen Massenausschreitungen ereigneten. In besonders hart umkämpften Gebieten verübten sowjetische Einzeltäter zwar brutale Verbrechen, aber diesen Gewalttaten fielen nicht nur Volksdeutsche, sondern auch Rumänen und andere Nationalitäten zum Opfer.

Nach der Befreiung Rumäniens ließen die Sowjets im gesamten Land "Arbeitskräfte für den Wiederaufbau" der UdSSR inhaftieren. Am 2. Januar 1945 begannen in Rumänien großangelegte Deportationen. Innerhalb von mehreren Wochen verschleppte man rd. 75.000 Rumänen-Deutsche in die UdSSR. Während der jahrelangen Zwangsarbeit kamen mindestens 15 % = 11.250 deutsche Zivilisten um (x007/79-80E).

Trotz der rumänischen Kriegerklärung und der üblichen Zwangsmaßnahmen (z.B. Deportation von Zwangsarbeitern, Verhaftung von NS-Funktionären und Angehörigen der Waffen-SS), die von den Sowjets ausdrücklich gefordert wurden, ereigneten sich in Rumänien zunächst keine planmäßigen Verfolgungen von Deutschen.

Im Jahre 1958 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Rumänien-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 101.000 "ungeklärte Fälle" (x026/30).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete über die sowjetischen Vorstöße nach Rumänien; Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Rumänien-Deutschen (x007/64E-75E): >>... **Evakuierung und Flucht aus den Randgebieten Siebenbürgens und des Banats**

Hatte sich die militärische Situation im Inneren Rumäniens schon wenige Tage nach dem Umsturz zugunsten der neuen Regierung geklärt, so war die Lage an den Grenzen im Norden und Westen des Landes zunächst völlig unübersichtlich. Die in den Randprovinzen stationierten deutschen Truppen waren im allgemeinen ungehindert nach Ungarn und Serbien abgerückt. Die zerschlagenen Reste der deutschen 6. und 8. Armee sammelten sich im Gebiet des Szeklerlandes und suchten von dort aus, im Osten auf den Höhenzügen der Karpaten, im Westen dem Verlauf der Schiedspruch-Grenze folgend, neue Fronten zu schaffen.

Obergruppenführer Phleps wurde zum Bevollmächtigten General und Höheren SS- und Polizeiführer in Siebenbürgen ernannt, doch fehlte es auch ihm an einsatzfähigen Truppen. Lediglich die rasch nach Nord-Siebenbürgen geworfene 8. SS-Kavalleriedivision (Standartenführer Rumohr) bot einen gewissen Halt. Im übrigen war die fast 1.000 Kilometer lange Grenze von Siebenbürgen bis zum Eisernen Tor kaum gesichert.

Erst allmählich wurden die ungarischen Grenzschutzeinheiten durch neu herangeführte deutsche und ungarische Divisionen verstärkt. Freilich standen auch auf rumänischer Seite außer der Grenzbewachung zunächst nur geringfügige reguläre Truppen, die an ein Vorgehen nicht



denken konnten. Versprengten deutschen Soldaten, aber auch Volksdeutschen Flüchtlingen aus Siebenbürgen und dem Banat gelang es in zahlreichen Fällen, die nur unzureichend bewachten Grenzen zu überqueren.

Das Einströmen der Sowjetarmeen nach Innerrumänien vollzog sich überraschend langsam; ein größerer Teil der sowjetischen Truppen wurde zur Besetzung Bulgariens nach Süden abgezweigt. So sah sich die inzwischen neu formierte Heeresgruppe Frießner - ab 24. September Heeresgruppe Süd - ermutigt, einen Gegenstoß anzusetzen, der unter Umständen zur Wiedererlangung Süd-Siebenbürgens und zur Sperrung der südlichen Karpatenpässe vor dem Heranrücken der Sowjets führen sollte.

Am 5. September traten Einheiten der ungarischen 2. Armee und der deutschen "Gruppe Siebenbürgen" (Phleps) aus dem Raum Klausenburg- Neumarkt zum Angriff an. Das Erscheinen sowjetischer Spitzen in Kronstadt am 7. September machte die weiter gefaßten Pläne trotz guter Anfangserfolge illusorisch. Doch gelang es den deutsch-ungarischen Kräften in den harten Kämpfen der nächsten Wochen, die Front nach Räumung des Szekler-Zipfels an der Mieresch-Linie vorläufig zum Stehen zu bringen (25. September).

Die geflüchteten Funktionäre der deutschen Volksgruppe unter Andreas Schmidt hatten versucht, in Nord-Siebenbürgen aus volksdeutschen SS-Urlaubern und geflüchteten Siebenbürgern provisorische Hilfseinheiten zur Befreiung Siebenbürgens zusammenzustellen. Mit Unterstützung der Division "Florian Geyer" gelang es diesen in den ersten Tagen des deutsch-ungarischen Vorgehens, am 7. und 8. September, die Deutschen der am Südrande des Szekler-Zipfels gelegenen Dörfer Katzendorf und Draas, sowie die sächsischen Gemeinden Zendersch, Zuckmantel, Felldorf, Maniersch und Rode südlich Neumarkt zu evakuieren.

Weitere Aktionen scheiterten am Vordringen der Russen, die die Nachbarorte bereits besetzt hatten. Die Evakuierten, die zum Teil in Trecks mit ihren Gespannen, ihrem Vieh, zum Teil unvorbereitet und nur "in den Arbeitskleidern" geflohen waren, wurden über Neumarkt nach Sächsisch-Reen geführt und dort der anlaufenden Evakuierung Nord-Siebenbürgens angeschlossen.

Im Gegensatz zur Führung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien unter Andreas Schmidt hatte sich die Gebietsleitung der Volksgruppe in Nord-Siebenbürgen, die seit dem Wiener Schiedsspruch Budapest unterstellt war, schon im Frühjahr 1944 mit Evakuierungsplänen befaßt. Nord-Siebenbürgen war seit dem im März 1944 erfolgten Einbruch der Sowjets in die Bukowina und nördliche Moldau unmittelbares Hinterland der Front.

Bereits im Herbst 1943 hatten die Trecks der vor der Roten Armee geflüchteten Schwarzmeer- und Krim-Deutschen Nord-Siebenbürgen passiert; im April 1944 waren ihnen 63.000 Transnistrien-Deutsche, im Juni Trecks und Transporte mit Volksdeutschen aus der Ukraine gefolgt. In der Betreuung dieser Flüchtlinge sammelte die Volksgruppe Erfahrungen. Sie kaufte zurückgelassene Gespanne an, teilte die nordsiebenbürgischen Gemeinden für den Ernstfall in Treckgruppen ein, bestimmte Treckleiter, legte Verpflegungs- und Sanitätsstationen fest und sprach die Pläne in Budapest mit der Volksgruppenführung und mit reichsdeutschen Stellen (Volksdeutsche Mittelstelle) ab.

Nach der rumänischen Kapitulation wurden die Vorbereitungen intensiviert. Am 5. September gab Obergruppenführer Phleps, der selbst Siebenbürger war und daher bei der volksdeutschen Führung Vertrauen genoß, Weisung, die Evakuierung zu beginnen - ungeachtet der gleichzeitig einsetzenden Angriffsoperationen. Die ungarischen Behörden machten zunächst Schwierigkeiten.

Nach Rückfrage in Budapest gab der Obergespan des Komitats Maros-Torda jedoch am 10. September Befehl, allen, die das Komitat freiwillig verlassen wollten, den Weg freizugeben; gelegentlich war dann sogar von einem Räumungsbefehl des Oberstuhrichters die Rede. Am 10. September abends gab die Kreisleitung der Volksgruppe den Startbefehl für die deutschen Gemeinden um Sächsisch-Reen, deren Trecks sich in den folgenden Tagen nach Nord-

westen in Bewegung setzten. Zwischen dem 17. und 20. September folgten die Trecks des Bistritzer Kreises.

Frauen und Kinder waren zum Teil schon vor dem Aufbruch der Trecks mit Militärfahrzeugen und Bahntransporten vorausgeschickt worden. Auch die bürgerliche Bevölkerung der Städte Sächsisch-Reen und Bistritz wurde mit Transportzügen evakuiert, deren letzter Bistritz erst am 9. Oktober verließ. Auf den Dörfern zogen nicht selten auch Pfarrer und Lehrer, Ärzte und Apotheker im Treck mit.

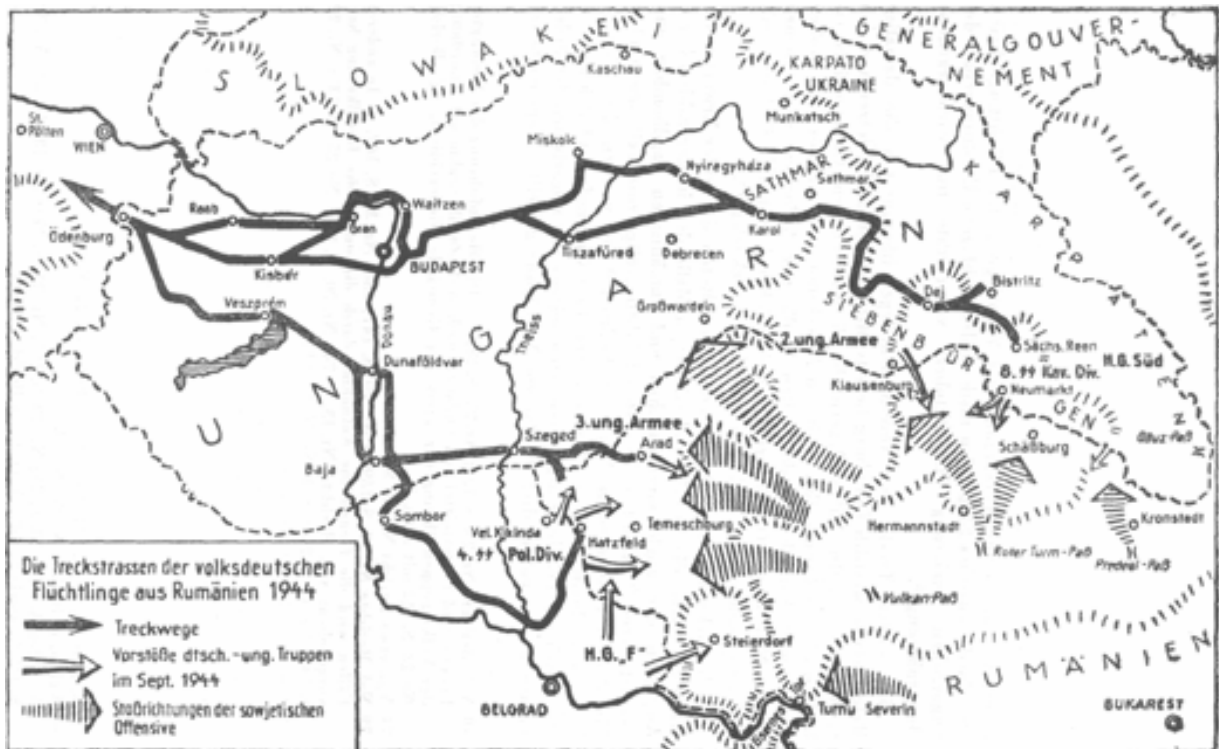
In ihrer großen Mehrzahl leisteten die sächsischen Bewohner der mehr als vierzig nordsiebenbürgischen Gemeinden den Räumungsbefehlen der Volksgruppenführung, die freilich gelegentlich von einer Räumung für wenige Tage oder doch nur einige Wochen sprachen, ohne Widerspruch Folge, so schwer ihnen das Verlassen der angestammten Heimat wurde. Zögernde wurden allerdings von Wehrmacht, SS und in einzelnen Fällen sogar ungarischer Gendarmerie mit Nachdruck zur Räumung aufgefordert; einzelne zurückgebliebene Familien wurden noch Anfang Oktober von Räumkommandos der SS gewaltsam evakuiert.

Nachdem zwischen dem 10. und 12. Oktober mit den abrückenden deutschen Truppen auch die letzten zum Schutz der geräumten Dörfer zurückgelassenen Nachhuten abgezogen waren, dürften die sowjetischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Nord-Siebenbürgen nur noch sehr vereinzelt deutsche Bewohner angetroffen haben.

Die Größe der Trecks schwankte, den Einwohnerzahlen der einzelnen deutschen Dörfer entsprechend, zwischen 50 und 400 Fuhrwerken, die zum Teil mit Pferden, zum Teil mit Ochsen oder Kühen bespannt waren. Geführt von den Ortsleitern, vielfach aber auch von Urlaubern der Waffen-SS, zogen die Wagenkolonnen in Tagesmärschen von 25 bis 40 km auf der festgelegten Route über Dej zunächst nach Sathmar - Groß-Karol, dessen Umgebung an sich als vorläufiges Aufnahmegebiet vorgesehen war.

Doch kam es hier nur in einzelnen Fällen zu mehrtägigen Aufenthalten, da das Vordringen der Russen im Raum Großwardein die rasche Weiterfahrt ratsam erscheinen ließ. Größere Teile, vor allem der zu langsam vorankommenden Hornviehtrecks, wurden in Dej und Karol aufgelöst und auf Güterzüge verladen. Die übrigen zogen - zum Teil mit neu eingetauschten Pferden - weiter, in Richtung Nyiregiháza, Miskolc; sie durchquerten Nord-Ungarn und gelangten, nördlich an Budapest vorbei, über Waitzen an den Donauübergang bei Gran, der im allgemeinen Mitte Oktober passiert wurde. Auf der weiteren Fahrt über Komorn - Raab oder südlich über Kisbér wurden zum Teil mehrwöchige Pausen eingeschoben; gelegentlich wurden die Flüchtlinge auch zum Ernteeinsatz auf ungarischen Dörfern herangezogen.

Im ganzen ereigneten sich im Verlauf der Trecks keine ernsthafteren Zwischenfälle. Verluste durch Tieffliegerangriffe waren trotz häufigen Alarms selten. Es kam allerdings wiederholt zu Straßenverstopfungen durch vor- oder zurückgehende deutsche Truppen, so daß gelegentlich Umwege gewählt werden mußten. Schwierigkeiten ergaben sich besonders an den Theiß-Übergängen bei Tiszafüred und Polgár. Die Versorgung, insbesondere mit Futtermitteln, verlief nicht immer reibungslos, so daß oft zur Selbsthilfe gegriffen werden mußte. Erst ab Waitzen standen in regelmäßigen Abständen Verpflegungsstationen zur Verfügung.



Das Verhalten der ungarischen Behörden war unterschiedlich; versuchten sie die Trecks einmal an der Weiterfahrt zu hindern, so erwiesen sie sich an anderen Orten als hilfsbereit. Betont unfreundlich verhielt sich in manchen der passierten ungarischen Gemeinden die deutsch-schwäbische Bevölkerung. Die Rücksichtslosigkeit einzelner Wehrmacheinheiten gab gelegentlich Anlaß zu Beschwerden; andererseits trug gerade die Wehrmacht wesentlich zur Versorgung und Verpflegung der Flüchtlinge bei. Der durch deutsches Eingreifen rasch niedergeschlagene Umsturzversuch der ungarischen Regierung (15. Oktober) verursachte nur vorübergehend Beunruhigung.

Die ersten Trecks der Nord-Siebenbürger überquerten die damalige Reichsgrenze westlich Ödenburg bereits Mitte Oktober, die letzten um den 6. November. In Auffanglagern des österreichischen Grenzgebiets erhielten die Flüchtlinge ihre weiteren Anweisungen, so daß sie zum großen Teil unmittelbar über Sankt Polten in die zur Aufnahme vorgesehenen Kreise Nieder- und Oberösterreichs weiterziehen konnten. Sie hatten mit ihren Gespannen zum Teil über 1.000 km zurückgelegt.

Sehr viel schwieriger als die Trecks gestalteten sich wider Erwarten die Bahntransporte, die in sehr viel stärkerem Maße den immer zahlreicheren Angriffen der angloamerikanischen und rumänischen Jagdbomber ausgesetzt waren. Konnten die ersten Flüchtlingszüge zum Teil ungehindert bis Budapest oder sogar Wien durchfahren, so wurden die späteren Transporte durch blockierte Strecken, zerstörte Bahnhöfe und Brücken, sowie durch mangelndes Entgegenkommen seitens der ungarischen Behörden immer wieder aufgehalten.

Das zur Verfügung gestellte Wagenmaterial, zum Teil flache, ungedeckte Schotterwagen, ließ oft zu wünschen übrig, so daß die Lebensbedingungen im Verlauf der wochenlangen Fahrt in manchen Zügen unerträglich wurden. Die Transporte wurden in der Mehrzahl über Miskolc durch die Slowakei und das damalige Generalgouvernement, über Kaschau, Neusandez nach Oberschlesien geführt, wo sie erst in der zweiten Oktoberhälfte eintrafen. Die auf dem Schienenwege abtransportierten Flüchtlinge fanden, getrennt von ihren getreckten Landsleuten, in Lagern der Volksdeutschen Mittelstelle in Oberschlesien und im Sudetenland Unterkunft.

Der Bistritzer Gebietsleitung unterstanden auch die Karpato-Ukraine und das Sathmarer Siedlungsgebiet, für die ein besonderer Evakuierungsplan ausgearbeitet worden war. Am 6. Okto-

ber verließen die letzten Trecks der Nord-Siebenbürger den Sathmarer Raum. Wenige Tage später konnte nach schwierigen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung auch für die schwäbischen Dörfer des Sathmarer Kreises der Evakuierungsbefehl gegeben werden.

Die zu einem großen Teil madjarisch gesinnten, ja ungarisch sprechenden Schwaben folgten den Aufrufen der Volksgruppe jedoch nur zum kleinen Teil. Bei den von der angestrebten Wiedererweckung des Deutschtums nur teilweise tiefer berührten schwäbischen Bauern überwog das Festhalten an der Scholle, das durch ungarische Gegenpropaganda gestützt wurde.

Dennoch brachen einige Gemeinden - Scheindorf, Kriegsdorf, Burlescht - am 10. Oktober fast vollzählig auf. Kleinere Trecks aus anderen Orten schlossen sich an. Sie folgten - zeitweise nur wenige Kilometer von der Front entfernt - dem Marschweg der Siebenbürger, wurden allerdings südlich Budapest über Budaörs, Kisbér nach Ödenburg geführt. Ein Teil der Flüchtlinge wurde in Budaörs verladen und auf dem Schienenwege nach Thüringen gebracht; die übrigen fanden wie die Siebenbürger in Österreich Aufnahme, wo sie im Laufe des November eintrafen.

An der Westgrenze Rumäniens, von Großwardein bis zum Eisernen Tor, gab es in den ersten Tagen nach dem 23. August keinerlei militärische Fronten. Wie Andreas Schmidt in Neumarkt versuchte Andreas Rührig, der Stabsführer der deutschen Volksgruppe, in Groß-Kikinda aus SS-Urlaubern, Flüchtlingen und rumänischen Legionären eine Einsatzgruppe aufzustellen, die jedoch nur geringen Kampfwert besaß. Anfang September traf aus Griechenland die der Heeresgruppe F (Generalfeldmarschall von Weichs) unterstellte 4. SS-Polizei-Panzer Grenadierdivision (Oberführer Schmedes) im serbischen Banat ein.

Erst als von Süden weitere deutsche Kräfte nachrückten, während sich an der ungarischen Grenze die 3. ungarische Armee formierte, konnte hier an weiterreichende Aktionen gedacht werden. Nach einem ersten vorbereitenden Vorstoß bis in die Nähe von Temeschburg schritten; die zahlenmäßig noch immer unzureichenden deutschen und ungarischen Truppen zwischen dem 13. und 15. September zum Angriff, der auch hier zur Gewinnung der Karpatenpässe vor dem Anrücken der nördlich abgelenkten Sowjets führen sollte. Im Norden drangen ungarische Truppen nach der Einnahme von Arad bis Lippa vor, während ganz im Süden deutsche Einheiten (wohl Teile der 117. Jägerdivision) bis Steierdorf-Anina im Banater Bergland gelangten.

Die im Zentrum angreifende Polizei-Division stieß jedoch beiderseits Temeschburg bereits auf sowjetische Truppen und konnte die Einnahme der Stadt nicht mehr erzwingen. Als die im Nordabschnitt kämpfenden Ungarn am 19. September vor den vordrängenden Russen zurückwichen - Arad wurde in der Nacht vom 19. zum 20. aufgegeben - war die Lage auch im Süden nicht mehr zu halten. Dennoch war vorübergehend der größte Teil des schwäbischen Siedlungsgebiets im Banat von den angreifenden Truppen besetzt.

Die im Mittelabschnitt eingesetzte "Kampfgruppe Behrens" arbeitete bewußt auf eine systematische Evakuierung der deutschen Bevölkerung hin. Unmittelbar nach dem Eindringen der deutschen Truppen wurde in den schwäbischen Gemeinden östlich Temeschburg zur Evakuierung aufgerufen, so daß sich erste Wagenkolonnen mit volksdeutschen Flüchtlingen bereits am 15., 16. und 17. September in Marsch setzten. Freilich schloß sich vielfach nur ein Teil der deutschen Bevölkerung - in Gertianosch etwa die Hälfte - den Trecks an, die überdies zu meist schon unmittelbar jenseits der serbischen Grenze, in Groß-Kikinda, Zerne oder Stefansfeld Halt machten. Zahlreiche Flüchtlinge kehrten in den nächsten Tagen, als die Lage sich vorübergehend zu festigen schien, in ihre Heimatgemeinden zurück, um dann unter Umständen erneut zu fliehen. Andere wurden in den serbischen Aufnahmeorten vom sowjetischen Vormarsch überrollt und später nach Rumänien zurückgeführt.

Die Lage war denkbar unklar. Die Parolen wechselten. Am stärksten wirkte sich dies in den deutschen Dörfern um Arad aus, da die Ungarn sich offen gegen die Evakuierung ausspra-

chen, ja sie in manchen Orten regelrecht untersagten. Das Durcheinander der Befehle, die unklare Kompetenzverteilung und bis zu einem gewissen Grade das Versagen der zur Organisation herangezogenen Vertreter der Volksdeutschen Mittelstelle machten eine systematische Evakuierung in vielen Dörfern unmöglich.

Einige Gemeinden in der Temeschburger Heide brachen dennoch in geschlossenen Trecks auf, mit Pferdegespannen, zum Teil sogar mit Traktoren, und zogen durch das serbische Banat - gelegentlich von Partisanen belästigt - über Groß-Kikinda, Rudolfsnad nach Ungarn. Im südlichen Bergland wurden die über 6.000 deutschen Bewohner von Steierdorf-Anina auf Befehl eines deutschen Majors am 16. September ohne Rücksicht auf Widerstände evakuiert und mit Lastwagen nach Werschetz gefahren, wo sie in Güterzüge verladen wurden. Im Arader Raum kam es zum Teil zu regelloser Flucht, unmittelbar vor den anrückenden Sowjets, so daß sich größere Trecks erst nach dem Überschreiten der Grenze auf ungarischem Gebiet formieren konnten.

Im Nordwest-Teil des Banats, der länger gehalten und zum Teil von den nach Norden durchstoßenden Griechenland-Truppen und Einheiten der 7. SS-Gebirgsdivision "Prinz Eugen" nach mehrtägiger sowjetischer Besetzung noch einmal zurückerobert wurde, konnten die deutschen Gemeinden der Bezirke Groß-Sankt Nikolaus und Perjamosch noch in den ersten Oktobertagen evakuiert werden.

Ihre Trecks gerieten verschiedentlich in die Schußlinie der nachdrängenden Front, so daß auch Verluste an Menschenleben zu beklagen waren. In der Mehrzahl gelang es ihnen jedoch, die Straße nach Szeged zu gewinnen und von dort ungestört nach Westen weiterzuziehen. Die Strapazen waren zum Teil ungeheuer, da oft Tag und Nacht durchgefahren werden mußte; Strecken von bis zu 100 km wurden ohne Rast zurückgelegt.

An den Donauübergängen bei Baja und Dunaföldvár trafen die Flüchtlinge auf die Straße der durch Jugoslawien gezogenen Trecks. Östlich vom Plattensee vorbei, durch den Bakonywald (Veszprém) zogen die Fuhrwerke der Schwaben auf vielfach verstopften und überlasteten Straßen der deutschen Grenze zu. Zumeist erreichten sie diese noch vor den Siebenbürgern, in der zweiten Oktoberhälfte, um von dort ohne Aufenthalt in ihre Aufnahmegebiete, in erster Linie die niederösterreichischen Kreise nördlich der Donau, an der Grenze nach Mähren hin, weitergeleitet zu werden. Zu einem kleinen Teil waren auch Banater Flüchtlinge mit Bahntransporten von Kikinda durch Süd-Ungarn oder auch durch Jugoslawien über Belgrad zurückgeführt worden.

Die Gesamtzahl der von Ende August bis Anfang Oktober 1944 aus dem heutigen rumänischen Staatsgebiet evakuierten Volksdeutschen ist schwer zu bestimmen. Ein Monatsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle nennt für Nord-Siebenbürgen Ende November 1944 insgesamt 48.000. Die ca. 2.500 Angehörigen der Sathmarer Trecks wie, auch die Flüchtlinge aus den südsiebenbürgischen Randgemeinden dürften in dieser Zählung einbegriffen sein.

Die Zahl der evakuierten Banater Schwaben lag andererseits sicher über den damals von der VOMI nachgewiesenen 12.500 Personen. Selbst die von einem Teilnehmer der Evakuierungsaktion genannte Zahl von 36.000 greift wahrscheinlich zu niedrig. Insgesamt werden sich somit bei Kriegsende nahezu 100.000 Volksdeutsche Flüchtlinge aus Rumänien auf dem Boden des damaligen Deutschen Reiches befunden haben. Der größere Teil der Sachsen und Schwaben blieb jedoch in Rumänien zurück.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über den sowjetischen Einmarsch in Rumänien (x007/75E-77E): >>... Am 31. August 1944 rückten die Spitzen der Roten Armee in Bukarest ein. Am 7. September erreichten sie nach Überschreitung der Karpaten Hermannstadt und Kronstadt, um in den folgenden Tagen auch das übrige Süd-Siebenbürgen zu besetzen. Dem Einmarsch in Temeschburg und Arad - 17./21. September - folgten die Kämpfe mit den zurückgehenden deutschen Truppen im Nordwesten des Banats. Nach dem Durchbruch der am 6. Oktober beginnenden sowjetischen Offensive

südlich Großwardein mußten auch Nord-Siebenbürgen und das Sathmar-Marmarosch-Gebiet preisgegeben werden, so daß Ende Oktober das gesamte Vorkriegs-Territorium des rumänischen Staates durch die Sowjets besetzt war.

Der Einzug der sowjetischen Kampftruppen, die als "Freunde" und "Verbündete" Rumäniens kamen, vollzog sich verhältnismäßig diszipliniert. Besonders in den Städten suchten die russischen Kommandeure die Ordnung durch Alkoholverbote, Kontrollstreifen und strenge Bestrafungen zu wahren. Überfälle auf Straßenpassanten, denen Uhren, Schmuck und andere Wertgegenstände abgenommen wurden, waren freilich nicht zu verhindern.

In den Außenbezirken wie in den umliegenden Dörfern kam es zu einzelnen Gewalttaten, zu Plünderungen und Vergewaltigungen, von denen jedoch Rumänen, Deutsche und Madjaren gleichmäßig betroffen wurden. Rücksichtslos hauste die sowjetische Soldateska in den im Kampf eroberten Gebieten. Im Banater Kampfgebiet wurden die Bewohner einiger Gemeinden von den Sowjets vorübergehend evakuiert, um ihre Besitzungen bei der Rückkehr geplündert vorzufinden.

Richtete sich das Vorgehen der Sowjets nur in beschränktem Maße gegen die Volksdeutschen, so gab ihr Einmarsch doch zugleich dem ortsansässigen rumänischen Pöbel freie Hand. Besonders in den von den deutschen Bewohnern ganz oder teilweise geräumten Gemeinden plünderten Zigeuner und Rumänen ungehindert. Auch die zurückgebliebenen deutschen Bauern waren Übergriffen im allgemeinen schutzlos preisgegeben; ihre Weinkeller wurden geleert, ihr Vieh weggetrieben, wenn man sie nicht überhaupt kurzerhand von ihren Höfen verjagte.

In ähnlicher Form kam es auch in den Städten, in denen sich die zahlenmäßig zunächst unbedeutenden Kommunisten rasch in den Vordergrund drängten, zu willkürlichen Übergriffen. Der kommunistisch gesteuerten Propaganda gegen Kriegsverbrecher, Faschisten und Kapitalisten folgten Haussuchungen und Verhaftungen; zahlreiche Familien wurden aus ihren Wohnungen verdrängt, anderen wurden Möbel, Kleider oder sonstige Wertgegenstände beschlagnahmt. Diese örtlichen Gewaltmaßnahmen hatten freilich keinen systematischen Charakter.

Zu den von den Sowjets geforderten Arbeitsleistungen wurden schon in den Herbstmonaten in zunehmendem Maße Volksdeutsche herangezogen, wobei mancherorts besonders auf die Angehörigen der SS-"Freiwilligen" zurückgegriffen wurde. Die Männer wurden zur Instandsetzung des Hermanstädter Flugplatzes, zu Straßen- und Gleisarbeiten eingesetzt, während die Frauen in russischen Lazaretten aushelfen mußten. Dennoch verliefen die ersten Monate nach der sowjetischen Besetzung im allgemeinen ruhiger, als man erwartet hatte.

Schon unmittelbar nach der rumänischen Kapitulation war gelegentlich von einer bevorstehenden Deportation der Volksdeutschen die Rede gewesen. Stärker noch als die erste Registrierung Ende August waren erneute Zusammenstellungen aller arbeitsfähigen Deutschen im Oktober und November des Jahres mit Mißtrauen aufgenommen worden. Gegen Ende des Jahres verstärkten sich die Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Verschleppung; durchfahrende Züge mit verschleppten Volksdeutschen aus Jugoslawien mußten die Unruhe noch vermehren.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zwangverschleppung der Rumänien-Deutschen (x007/77E-80E): >> Anders als Ungarn oder die von den Sowjets besetzten deutschen Ostgebiete galt Rumänien nicht als "Feindesland". Die rumänische Regierung vermochte sich der von den Sowjets geforderten Stellung von Arbeitskräften für den Wiederaufbau in der Sowjetunion dennoch nicht ganz zu entziehen, doch wurde die Aktion im wesentlichen auf die arbeitsfähigen Jahrgänge der volksdeutschen Bevölkerung beschränkt.

Ob und wie weit die von der geflüchteten Volksgruppenführung unter Andreas Schmidt im November 1944 organisierten Sabotageaktionen hinter der russisch-rumänischen Front die Deportationspläne beeinflußt haben, muß dahingestellt bleiben. Sicher haben sie die Bemü-

hungen volksdeutscher Politiker, die Verschleppung zu verhindern oder doch einzuschränken, ernsthaft beeinträchtigt.

Hans Otto Roth, der anerkannte Sprecher der Siebenbürger Sachsen, versuchte in den ersten Januartagen gemeinsam mit dem Banater Dr. Franz Kräuter, in direkter Aussprache mit Ministerpräsident Radescu wie durch Vermittlung der demokratischen Parteiführer Maniu und Bratianu, durch den Nuntius und über den jüdischen Politiker Dr. Fildermann eine Milderung, einen Aufschub der geplanten Deportationen zu erreichen. Doch blieben alle Interventionsversuche - auch anderer volksdeutscher Gruppen - erfolglos. Erste Meldungen über den Gang der Gespräche hatten freilich beruhigend gewirkt, so daß der unvermittelte Beginn der Deportationen in Siebenbürgen um so überraschender kam.

Unter den Deutschen des Sathmar-Gebiets hatten die Deportationen schon am 2. und 3. Januar begonnen. Nachdem die Aktion in der Nacht vom 10. zum 11. Januar 1945 in Kronstadt und Bukarest angelaufen war, setzten die Aushebungen fast schlagartig im ganzen Lande ein. Im Gegensatz zu der wilden Menschenfängerei serbischer Partisanen in Süd-Ungarn vollzog sich die Deportation in Rumänien nach einem von den rumänischen Behörden sorgfältig vorbereiteten Plan. Auf Grund der im Herbst durchgeführten Registrierung - zum Teil auch noch des in rumänische Hand gefallenen Nationalkatasters von 1941 - wurden Listen der Deutschen zusammengestellt, die in die zur Deportation vorgesehenen Altersklassen fielen: Männer von 17 bis zu 45, Frauen von 18 bis zu 30 Jahren; Übergriffe nach oben und unten waren vor allem auf dem Lande häufig.

Vor Beginn der Aktion wurden die Ortsausgänge vielfach durch Polizei, Militär, oder auch rumänische Freiwillige abgesperrt, Telefon, Telegraph und Eisenbahnbetrieb unterbrochen, so daß eine Flucht nur sehr begrenzt möglich war. In den Städten gingen gemischte rumänisch-sowjetische Patrouillen von Haus zu Haus, um die Betroffenen auszuheben; zum Teil wurden sie völlig unvorbereitet in den Straßen aufgegriffen. Die deutschen Einwohner auf den Dörfern wurden vielfach kurzerhand durch den Gemeindeboten oder Gendarmen aufgefordert, sich zu festgesetzter Zeit im Gemeindeamt oder in der Schule einzufinden.

Ein Großteil leistete schon der ersten Aufforderung Folge, wobei man oft an einen der üblichen kurzfristigen Arbeitseinsätze glaubte. Andere suchten sich zu verstecken, wurden aber durch die Razzien und Haussuchungen der folgenden Wochen nachträglich erfaßt; die Drohung, Eltern oder Verwandte als Geiseln zu verhaften, zwang manchen, sich freiwillig zu stellen. Dennoch gelang es nicht wenigen, sich der Deportation zu entziehen. Trotz der damit verbundenen Gefahren erwiesen sich die rumänischen Nachbarn, ja selbst rumänische Beamte und Offiziere in vielen Fällen über Erwarten hilfsbereit.

Die politische Haltung des einzelnen spielte bei den Aushebungen keine Rolle. Die Insassen der Internierungslager wurden ebenso betroffen wie die zum Teil aktiven deutschen Kommunisten des Industriezentrums Reschitza und die madjarisierten Schwaben des Sathmar-Gebiets. Selbst die noch in der rumänischen Armee dienenden Deutschen sollten ausgehoben werden, wurden allerdings zum Teil von ihren Vorgesetzten gedeckt. - Als die Aktion nach mehreren Wochen endgültig abgeschlossen wurde, waren insgesamt rund 75. 000 Volksdeutsche deportiert worden.

Das Schicksal der Ausgehobenen entsprach im allgemeinen dem ihrer Leidensgenossen aus Ungarn, aus Jugoslawien und den deutschen Ostgebieten, wenn sie auch als nominell "freiwillige" Aufbauarbeiter in Rußland im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zum Teil günstiger behandelt wurden.

Von Sammellagern in den Aushebungsorten wurden die Zwangsarbeiter zu Fuß oder mit Lastwagenkolonnen und Fuhrwerken zu den nächsten Bahnstationen gebracht, um dort unter Bewachung sowjetischer Soldaten in vergitterte Viehwagen verladen zu werden. In mehrwöchiger Fahrt wurden sie - in Jassy oder Kischinew in russische Breitspur-Waggons umgeladen - in die sowjetischen Arbeitslager übergeführt. Die Mehrzahl fand in den Lagern des Donez-

beckens um Stalino und Woroschilowgrad Unterkunft.

Ein Teil der Verschleppten kam allerdings schon diesseits des Dnjepr um Kriwoi-Rog und Dnjepropetrowsk zum Einsatz, während kleinere Gruppen bis in die Bergwerkslager beiderseits des Ural geführt wurden.

Schon auf der langwierigen Fahrt in den überfüllten, primitiv eingerichteten Waggons hatten Hunger und Kälte die ersten Todesopfer gefordert. Den ungewohnten Anforderungen der schweren Arbeit unter Tage, bei Wald- oder Erdarbeiten waren viele gesundheitlich nicht gewachsen. Verpflegung und Bekleidung waren, zumindest in den ersten Jahren, sehr schlecht, so daß es trotz zum Teil fast wohlwollender Behandlung durch die sowjetischen Vorgesetzten zu zahlreichen Krankheits- und Todesfällen kam. ...<<

## Jugoslawien

>>Laß uns zusammenkommen im Hause Gottes, ... denn sie werden kommen, dich zu töten, in der Nacht werden sie kommen, damit sie dich töten.<< (Nehemia 6, 10)
--

In Jugoslawien wurden die Volksdeutschen größtenteils nicht zur deutschen Wehrmacht eingezogen, weil man die wehrfähigen Männer in den Waffen-SS-Einheiten ("Prinz Eugen", "Das Reich", "Florian Geyer", "Germanisches Panzerkorps" u.a.), in den Selbstschutzverbänden ("Deutsche Mannschaft", "Heimatwache", deutsche Hilfspolizei = "HIPO") oder in der Organisation Todt ("Armee der Arbeiter") einsetzte.

Da sich nicht genügend Freiwillige für die volksdeutschen Waffen-SS-Einheiten meldeten, führte man ab 1942 systematische Zwangsrekrutierungen durch (später allgemeine Wehrpflicht). Für den jugoslawischen Partisanenkrieg rekrutierte man außerdem kroatische, serbische, bosnische, slowenische und andere Waffen-SS-Freiwilligenverbände. Im Oktober 1942 ließ Himmler z.B. die 13. SS-Division "Handschar" (etwa 20.000 islamische Bosnier) aufstellen (x006/74E).

Obwohl die sog. "Sühnemaßnahmen" (Geiselnhaftungen und Massenerschießungen) während des deutsch-kroatisch-serbischen Partisanenkrieges meistens von SD-Sondereinsatzgruppen durchgeführt wurden, mußten die Jugoslawien-Deutschen für die Teilnahme an militärischen Einsätzen bitter büßen. Der Dienst bei der Waffen-SS wurde grundsätzlich als Landesverrat ausgelegt. Sämtliche Bosnier, Kroaten, Serben und Slowenen, die freiwillig für die Waffen-SS gekämpft hatten, waren ebenfalls sichere Todeskandidaten, wenn sie von serbischen Partisanen gefaßt wurden.

Da Jugoslawien zu den verbündeten Ländern zählte, verlief der sowjetische Einmarsch größtenteils ohne massenhafte Ausschreitungen. In Jugoslawien verübten nur einige sowjetische Nachschubeinheiten, versprengte Nachzügler und Deserteure schwere Gewaltverbrechen.

Ab Oktober 1944 besetzten serbische Partisanen die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete. Nach dem Eintreffen der serbischen Geheimpolizei OZNA (Abt. für den "Schutz des Volkes") folgten unverzüglich Hausdurchsuchungen und Massenverhaftungen.

Der Dienst bei der Waffen-SS oder die Mitgliedschaft in NS-Organisationen wirkte sich für die Volksdeutschen besonders verhängnisvoll aus. Bei diesen "Säuberungen" nahmen die Serben jedoch auch volksdeutsche Flüchtlinge aus Ungarn und Rumänien fest, obwohl sie mit dem deutsch-kroatisch-jugoslawischen Partisanenkrieg überhaupt nichts zu tun hatten.

Nach den Verhaftungsaktionen führten OZNA-Geheimpolizisten oder Angehörige des jugoslawischen Volksbefreiungsausschusses sofort "Verhöre" durch, die regelmäßig zu brutalen Prügel- und Folterorgien ausarteten. NS-Funktionäre oder "Kapitalisten" (reiche Bauern und Geschäftsinhaber) erhielten vielfach "Sonderbehandlungen". Die Massenhinrichtungen wurden in der Regel von speziellen jugoslawischen Liquidationseinheiten durchgeführt, die seit dem 10.10.1944 zielstrebig durch die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete zogen, um deutsche "Volksverräter" und "Faschisten" zu richten. Für die Hinrichtungen wählte man



Schinderplätze (dort wurde damals das verendete Vieh verscharrt), Friedhöfe oder entlegene Wälder.

Von Oktober bis November 1944 wurden mindestens 7.200 Jugoslawien-Deutsche durch Massenerschießungen umgebracht (x010/51). Am 21.11.1944 erließ der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung" (AVNOJ) zahlreiche Beschlüsse, mit denen man in Jugoslawien praktisch alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten rechtfertigen konnte.

Ab Dezember 1944 erfaßte man in den deutschen Siedlungen arbeitsfähige Zivilisten, die für die "Wiederaufbauarbeit in der UdSSR" bestimmt waren. Im allgemeinen verschleppte man arbeitsfähige Frauen (im Alter von 18-40 Jahren) und Männer von 17-45 Jahren. Während die Serben Tausende von jungen Müttern in die sowjetischen Industriegebiete im Donezbecken "verschickten", achteten sie gewissenhaft darauf, keine deutschen Facharbeiter zu verlieren, denn Tito wollte den Sowjets keine "Spezialisten" überlassen. Die Deportationen der Jugoslawien-Deutschen (ca. 30.000; davon waren 60-80 % Frauen und Mädchen) begannen am 25.12.1944 und wurden Anfang Januar 1945 beendet. Mindestens 5.683 Deportierte kamen in der UdSSR um (x006/96E,131E).

Bis März/April 1945 wurden fast alle Volksdeutschen in jugoslawische Zwangsarbeitslager getrieben und dort jahrelang interniert.

Im Jahre 1958 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Jugoslawien-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 135.800 "ungeklärte Fälle" (x026/30).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über den Krieg in Jugoslawien (x006/45E-50E): >>>Der Balkanfeldzug; die Volksgruppe im Krieg; die Zerschlagung Jugoslawiens

Nach der Aktion der Oppositionsgruppen um Simović trieb die Entwicklung in Jugoslawien schnell auf eine Krise in den Beziehungen zum Reich hin. Dennoch waren es nicht primär die deutsch-jugoslawischen Beziehungen, sondern die Mißerfolge des italienischen Balkankrieges, welche das militärische Eingreifen Deutschlands herbeiführten.

Um die mit einer drohenden italienischen Niederlage und dem Eingreifen der Engländer in Griechenland heraufziehenden Gefahren zu bannen, entschloß sich Hitler, dem bis dahin "kein Opfer" als zu hoch "für ein freundschaftliches Verhältnis zu Jugoslawien" erschienen war und obwohl damit seine Rußlandpläne verzögert wurden, zum Losschlagen, als mit dem Simović-Putsch das auslösende Moment gegeben war.

Nach einer kurzen, heftigen Pressekampagne mit den üblichen Vorwürfen wegen Vergehen an den Volksdeutschen begann am 5. April 1941 der Krieg gegen Jugoslawien. Starke Panzertruppen unter Generaloberst von Kleist, motorisierte Kräfte, Infanterie- und Gebirgsdivisionen, ebenfalls unterstützt von einem Panzerkorps unter Generaloberst von Weichs, und Truppen der 12. Armee unter Generalfeldmarschall List stießen aus dem Norden und von Bulgarien her nach Jugoslawien hinein.

Am 6. April bombardierte die Luftwaffe pausenlos die Hauptstadt Belgrad; durch diese als "Strafaktion" gegen die Putschisten aufgefaßten Angriffe entstanden unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste. Auch Volksdeutsche fielen den Angriffen zum Opfer. Das jugoslawische Heer vermochte die Angriffskeile der deutschen Verbände nirgends nachhaltig aufzufangen. Am 17. April wurden nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers Simović Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet; am Tage darauf trat der in Belgrad unterzeichnete Vertrag über die bedingungslose Kapitulation der jugoslawischen Wehrmacht in Kraft.

Er bedeutete zugleich de facto das politische Ende Jugoslawiens, am 8. Juli 1941 verkündeten Deutschland und Italien das staatsrechtliche Ende des Königreichs Jugoslawien, dessen emigrierter König und seine Regierung allerdings im Exil den Anspruch auf das Fortbestehen des Staates erhoben.

Die Volksdeutschen in waffenfähigem Alter gerieten in den Tagen vor und nach dem

Kriegsausbruch in einen tiefen inneren Zwiespalt. Befolgung des Gestellungsbefehls und damit Kampf gegen deutsche Truppen oder Vermeidung des Kriegsdienstes durch Flucht oder im Versteck - das war für viele die Alternative. Im Norden und Nordosten des Landes wählte mancher den Weg in die Steiermark, nach Ungarn oder Rumänien, andere verbargen sich bis zum Eintreffen deutscher Soldaten. Sich dem jugoslawischen Militärdienst zu entziehen, hatte auch eine vom OKW der "Volksdeutschen Mittelstelle" (VOMI) übermittelte "Führerweisung" gefordert, deren Inhalt über die Volksgruppe bekannt gemacht werden sollte.

Darin hieß es, "der Führer (hat) entschieden, daß sich die Betreffenden dem Stellungsbefehl entziehen und verstecken sollen ...". Dennoch wurde eine nicht genauer zu bestimmende Zahl von Jugoslawiendeutschen, zweifellos die Mehrheit der Dienstpflichtigen, eingezogen; sie gingen häufig nach der ersten Feindberührung, ähnlich wie kroatische Einheiten, zu den deutschen Truppen über und wurden alsbald wieder nach kurzer Gefangenschaft entlassen.

Inmitten der überhitzten Atmosphäre dieser ersten Apriltage wurden die verantwortlichen Männer der volksdeutschen Gemeinden und der Volksgruppenleitung in tragische Verhältnisse verstrickt, in denen es für sie zu einem fast unlösbaren Problem wurde, die richtigen Grundsätze für ihr Verhalten zu finden. Wenn es dabei zu Entscheidungen kam, in denen das Bedürfnis nach Selbstschutz und sogar eigener Aktion die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem jugoslawischen Staat überwog, so war diese Handlungsweise in starkem Maße von der nahezu unerträglich gespannten Situation und der sicher nicht ganz unberechtigten Furcht vor Ausschreitungen gegen Deutsche diktiert.

Für die deutschen Geiseln, die an vielen Orten in Haft genommen und meist nach Peterwardein gebracht worden waren, war unmittelbare Gefahr für Leib und Leben heraufbeschworen. In manchen Orten der Batschka und im Banat, auch in Slawonien und Bosnien wurden daher bewaffnete Streifen gebildet, die häufig von den Mitgliedern der halb-militärischen "Deutschen Mannschaft" gestellt wurden, sich dann aber nicht auf den Schutz der Volksdeutschen beschränkten.

In Neusatz, wo sich Dr. Janko mit seinen Mitarbeitern im Habag-Haus (Haus-Bau-AG) versammelt und verbarrikadiert und nach Verhandlungen die Aufstellung einer Deutschen Bürgerwache von 150 Mann erreicht hatte, gab das Erscheinen deutscher Truppen am anderen Donauufer und die Sprengung der beiden Brücken "das Zeichen, nun vollends frei in Aktion zu treten". Die inzwischen mit Gewehren bewaffnete Wachmannschaft besetzte das Postgebäude, den Bahnhof, das Kraftwerk und begann mit der Entwaffnung serbischer Truppenteile; die deutschen Geiseln wurden von einem Stoßtrupp befreit. Während im Habag-Haus Waffentransporte eintrafen, so daß dort "etwa 1.000 Gewehre, etwa 30 LMG, 15 SMG, 3 PAK, etwa 60.000 Schuß Infanteriemunition, große Mengen Handgranaten usw." gestapelt werden mußten, wurden zwei serbische Regimenter zur Waffenniederlegung überredet.

In Esseg beim Kampf um die Hauptpost und bei der Verteidigung der beiden großen Draubrücken, in der Gottschee, in Marburg (Drau), Vukovar, Ruma, Beschka, Indjija, Neu-Pasua und Franztal griffen bewaffnete Einsatztrupps der "Deutschen Mannschaft" im Rücken der Front ein und nutzten die Auflösungserscheinungen unter den zurückflutenden Truppen aus. Eine wertvolle Unterstützung für die deutschen Angriffsspitzen bedeutete die Besetzung des mit neuen Messerschmittjägern ausgerüsteten großen Militärflughafens Semlin bei Belgrad durch eine Gruppe von Volksdeutschen.

Es kann nicht verwundern, daß in den Tagen des jugoslawischen Zusammenbruchs, bei der Panik und Hysterie der Militäreinheiten und der Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, die Nachrichten über solche Vorgänge und die Zusammenstöße vieler serbischer Soldaten mit der "Deutschen Mannschaft" und dem Ortsschutz der Dörfer die sicherlich irri-ge Vorstellung genährt haben, es mit der wohlüberlegten Tätigkeit einer deutschen "5. Kolonne" zu tun zu haben. Ihr wurde die katastrophale Niederlage zum guten Teil zugeschrieben, was historisch indessen keineswegs zutrifft.

Auf der anderen Seite muß festgehalten werden, daß sich das vielerorts ungestörte gute Verhältnis zwischen den Deutschen und Andersnationalen auch in der Krise des Aprils 1941 und später bewährte. Nach dem Einzug der Ungarn in Neusatz suchten und fanden Serben aus der Stadt und auch aus den Landgemeinden Schutz im Habag-Haus. Auch später noch wurde von den Deutschen im Banat und in der Batschka zahlreichen Serben gegen die Ungarn und Kroaten Hilfe gewährt, gleich, ob es sich um exponierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder um bäuerliche Nachbarn handelte.

In Syrmien und in Kroatien gefährdeten Deutsche ihr Leben, da sie sich für verfolgte Serben einsetzten; so wurde z.B. der Bezirksvorsteher von Alt-Pasua, Rometsch, aus Rache dafür erschossen, daß er kroatische Ustaschi ausweisen ließ, die Serben abführen wollten. Auch die deutschen Geistlichen suchten oft unter Lebensgefahr ihre orthodoxen Amtsbrüder zu schützen. Bis in die Nachkriegsjahre hat in zahllosen Fällen diese enge Verbindung mit Andersnationalen die Leidenschaften und Gegensätze des Krieges überdauert.

Die militärische Niederlage Jugoslawiens gab den Achsenmächten, denen sich nach Kriegsausbruch Ungarn und Bulgarien angeschlossen hatten, Spielraum zur Zerschlagung des südslawischen Königreichs, wobei ihnen die starken innerstaatlichen Spannungen zweifellos weit entgegenkamen. Der Leiter der nationalrevolutionären, halbfaschistischen kroatischen Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, ließ am 10. April durch den ehemaligen k. u. k. Obersten E. Kvaternik einige Stunden vor der Ankunft deutscher Verbände den "Unabhängigen Staat Kroatien" ausrufen; Pavelić übernahm als "Poglavnik" (Staatsführer) die autoritäre Regierung des von Deutschland und Italien als Bündnispartner anerkannten Nachfolgestaates. In den Wiener Verhandlungen vom 20. bis 22. April 1941 wurden dann die Annexionen der einzelnen Mächte festgelegt.

Das Reich erhielt vom nördlichen Slowenien die Oberkrain und die früheren Kärnter und steirischen Gebiete der Donaumonarchie, während Italien außer der Unterkrain die dalmatinischen Inseln und ausgedehnte Streifen der Adriaküste aus der jugoslawischen Konkursmasse gewann, sich dazu eine südlich von Agram, Banja Luka und Sarajewo liegende Besatzungszone zuweisen ließ und den - dann niemals amtierenden - kroatischen König Tomislav II. mit Herzog Aimone von Spoleto zu stellen beanspruchte. Ungarn gliederte sich die Murgebiete und die westliche Woiwodina an, Bulgarien das serbische Mazedonien.

Ein Streifen Westmazedoniens wurde zu dem mit Italien in Personalunion verbundenen Großalbanien geschlagen. In Cetinje proklamierte eine "Konstituierende Nationalversammlung" am 12. Juni 1941 die Unabhängigkeit eines ebenfalls eng mit Italien liierten Montenegro. Allen großserbischen Tendenzen war durch diese Abtrennungen die Basis entzogen, so daß für den ungefähr mit Altserbien übereinstimmenden Reststaat Serbien, in dem nach dem Zwischenspiel einer provisorischen Regierung der General Nedić die Geschäfte übernahm (29. August 1941), nur die Rolle eines abhängigen Satelliten der Achsenpartner blieb.

Das von Rumänien beanspruchte Westbanat, das Hitler indessen für später auch noch Ungarn zugesichert hatte, unterstand Serbien der Verwaltung und Kontrolle des deutschen "Militärbefehlshabers Serbien". In neun verschiedenen Zonen also: teils annektierten oder von Militärs verwalteten Gebieten, teils Staaten im Genuß einer Pseudounabhängigkeit, spielte sich bis 1944/45 das politische Leben Jugoslawiens ab.

Die Volksdeutschen Südslawiens hatten im Norden Sloweniens den erstrebten Anschluß an das Reich gewonnen. In den Wiener Vereinbarungen war die neue deutsch-italienische Grenze, in nordwestlich-südöstlicher Richtung durch Slowenien verlaufend, festgelegt worden. Der deutsch-kroatische Vertrag vom 13. Mai 1941 folgte den ehemaligen Kronlandgrenzen. Die Sloweniendeutschen unterstanden damit bis Kriegsende der Hoheit und den Gesetzen des Reiches, wenn sie auch formell nie eingegliedert wurden.

Der neugewonnene Teil Kärntens und der Krain wurde dem Gau Kärnten, der größere steiermärkische Teil dem Gau Steiermark unter Gauleiter und Reichsstatthalter Uiberreither ange-

schlossen, der dort als Chef der Zivilverwaltung amtierte, während diese Funktion in Kärnten-Krain der stellvertretende Gauleiter von Kärnten, Kutschera, ausübte. –

Südlich von Laibach unterstanden die Jugoslawiendeutschen italienischer, ihre Mehrheit in der Batschka und Baranja ungarischer Oberhoheit; Ungarn zählte daher nach 1941 mit ca. 1,2 Millionen die größte deutsche Minderheit in Südosteuropa.

Im "Unabhängigen Staat Kroatien" sollte die deutsche Volksgruppe sehr bald eine eigene Rechtsstellung gewinnen, während die deutsche Minderheit im Banat eine eigene Volksgruppe unter der Leitung Dr. Jankos bildete; ihr wie dem Streudeutschtum Serbiens wurde die Protektion der deutschen Militäradministration zuteil. Spätestens seit dem Hochsommer 1941 waren die Jugoslawiendeutschen außerhalb der Batschka und Baranja unmittelbar und ohne Einschränkung von reichsdeutschen Direktiven abhängig.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über den Partisanenkrieg in Jugoslawien (x006/59E-64E): >>... **Der Partisanenkrieg von 1941 bis 1944**

Der jugoslawische Partisanenkrieg seit dem Frühjahr 1941 läßt sich weder ausschließlich formaljuristisch nach den Normen des herkömmlichen Kriegsrechts beurteilen, noch als Kampf der sozialrevolutionären und militärisch-aktivistischen Elite der kommunistischen Volksrevolution glorifizieren - beide Auffassungen vereinfachen die innere Zwiespältigkeit der jugoslawischen Widerstandsbewegung, in der sich ideologische und nationale Gegensätze mit der Frontstellung gegen die Okkupationsmacht überschneiden.

Die Erbitterung über den deutschen Angriff im April 1941, die jahrhundertelange Hajduken- und Komitadschitradition des romantisierten Bandenlebens, großserbische und kommunistische Ideologie, soziale Unrast und aufgetauter Nationalitätenhaß verbanden sich auf der einen Seite zu einer rücksichtslos-radikalen Kriegsführung.

Auf der anderen Seite führte die Empörung über die eigene Hilflosigkeit gegenüber der Tätigkeit der Partisanen, die aus unzugänglich-wildem Gebiet heraus mit großer Brutalität operierten, sehr schnell zu maßlosen Vergeltungshandlungen der deutschen Besatzungsmacht, die seit dem OKW-Befehl vom 16.9.1941 für einen erschossenen deutschen Soldaten je hundert, für einen verwundeten Deutschen je fünfzig Geiseln exekutieren ließ.

Die kurze erste Phase des jugoslawischen Partisanenkrieges ist durch die Aktionen der nationalbewußten, königstreuen Gruppen unter dem groß-serbischen royalistischen Obersten Draza Mihajlović gekennzeichnet, der seit dem Sommer 1941 als Kriegsminister der Exilregierung Simović fungierte und sich, von den Italienern begünstigt, auf die Heimwehorganisationen des konservativen Landvolks, die Tschetniks, stützte. Erst der Beginn des Rußlandfeldzuges gab ihrer Tätigkeit Auftrieb und löste auch das Eingreifen der bis dahin passiv abwartenden Kommunisten unter Josip Broz-Tito aus, deren "proletarische Brigaden" bis in den Winter 1941/42 in dem Verhältnis eines oft ungeklärten Zusammenspiels, dann allmählich vorherrschender erbitterter Bürgerkriegsgegnerschaft zu den Tschetniks standen.

Mit der Niederschlagung des Partisanenaufstandes in Serbien durch deutsche Truppen im Spätherbst 1941 endete diese erste Phase. Titos Anhänger schlugen sich nach Ost- und Nordwestkroatien durch, wo sie wegen der grauenhaften Massaker der Ustaschamiliz des Pavelić-Regimes unter den griechisch-orthodoxen Serben starken Zulauf und Unterstützung fanden. Dort und in den Karst- und Urwaldgebieten Dalmatiens, Bosniens, der Herzegowina, Montenegros und des alten Sandschaks Novi Bazar sammelten sich fortan ihre Einheiten und wußten sich der Verfolgung, wenn auch unter hohen Verlusten und Strapazen, immer wieder zu entziehen.

Ihre erbarmungslose, energische Kampfweise, ihr gegen den Belgrader groß-serbischen Zentralismus gerichtetes Programm eines demokratischen jugoslawischen Föderativstaates auf der Basis völliger Gleichberechtigung aller Nationalitäten, das von Titos "Antifaschistischem Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens" (AVNOJ) auf der zweiten Tagung in Jajce (29.

und 30. November 1943) verkündet wurde, verschafften ihr allmählich das Übergewicht über die Mihajlović-Tschetniks während der zweiten Phase vom Frühjahr 1942 bis zum Winter 1944/45.

Diese Wendung wurde dadurch begünstigt, daß nach der Konferenz von Teheran die alliierte Unterstützung den durch gelegentliche Zusammenarbeit mit der Nedic-Regierung und deutschen Einheiten kompromittierten Tschetniks entzogen wurde und Tito zugute kam.

Die jugoslawiendeutschen Siedlungsgebiete wurden in unterschiedlichem Maße vom Partisanenkrieg betroffen. In Slowenien richtete sich gegen die forcierte Volkstumspolitik des Gauleiters Uiberreither bald bewaffneter Widerstand, der sich seit Anfang 1942 hin und wieder sogar zu lebhafter Partisanentätigkeit steigerte. Obwohl dieser Widerstand zu keiner Zeit ein mit der Lage in Kroatien auch nur entfernt vergleichbares Ausmaß annahm, flackerte er trotz scharfer Gegenmaßnahmen immer wieder auf, kostete Menschenopfer und verursachte Nachrichtenunterbrechungen und Verkehrsstörungen.

Daraufhin erließ Himmler am 25.6.1942 eine Anordnung, wonach bei der Partisanenbekämpfung in den vom Reich annektierten slowenischen Gebieten die männlichen Gefangenen zu exekutieren, die Frauen in KZ-Lager einzuweisen und ihre Kinder ins "Altreich" zu verschicken, "hochwertige Kinder" dagegen "dem Lebensborn zu übergeben" seien. Diese von der Sicherheitspolizei durchgeführten Repressalien führten zu einem gewissen Abklingen der Überfälle, obwohl die erzwungene Ruhe häufig genug unterbrochen wurde.

Die Batschka genoß ebenfalls nach den als Razzia auf Guerillas begonnenen Serbenpogromen der ungarischen Truppen im Januar 1942 relative Sicherheit. Die unmittelbar an der Donau gelegenen Gemeinden erlebten zwar manche nächtliche Schießerei, aus den unübersichtlichen Kukuruzfeldern und von sogenannten Hauspartisanen wurden hier und dort Angriffe riskiert, die mit Erhängungen und Füsilierungen serbischer Geiseln hart geahndet wurden, aufs Ganze gesehen blieb jedoch die Wirksamkeit der Partisanen auf gelegentliche Aktionen beschränkt.

Ähnliches gilt für die Situation der Banater Deutschen, die sich mit den auf Wunsch der Volksgruppenführung gebildeten "Selbstschutzeinheiten" der "Deutschen Mannschaft" gegen Vorstöße der Partisanen aus der Fruska Gora und dem Südbanater Waldgebiet verteidigten. Einheiten der volksdeutschen SS-Division "Prinz Eugen" standen ihnen bisweilen dabei zur Seite.

Da das Streudeutschtum in Serbien, wo sich die "Serbische Staatswache" der Regierung Nedic und die mit der Ljotic-Bewegung zusammenwirkenden Heimwehren unter Kosta Pećanać vor allem im Süden mit den Partisanen Gefechte lieferten, bereits im Winter 1941/42 vollzählig umgesiedelt worden war, wurde es nicht mehr in diese blutigen Auseinandersetzungen verwickelt; die deutsche Bevölkerung in Belgrad blieb ebenfalls bis zur Evakuierung verhältnismäßig unbehelligt.

Am meisten bekam das Deutschtum im "Unabhängigen Staat Kroatien" die Härten des Partisanenkrieges zu spüren, da sich in diesem Gebiet das Gros der Verbände Titos konzentrierte. Dies galt indessen nur bis zur Umsiedlung des bosnischen Streudeutschtums im Oktober/November 1942, die wegen der ständigen Partisanengefahr beschleunigt abgewickelt wurde. Die ohnehin weniger gefährdeten, geschlosseneren Siedlungen in Slawonien und Syrmien ließen sich von der "Einsatzstaffel" der "Deutschen Mannschaft", die im Juli vom Poglavnik legalisiert worden war, und von dem bewaffneten Ortsschutz, in dem seit dem Sommer 1942 die gesamte männliche Bevölkerung der Dörfer zusammengeschlossen war, besser verteidigen.

Die "Einsatzstaffel" unterstand der Disziplinalgewalt Altgayers, der über den sog. Landesmannschaftsführer, SS-Obersturmführer J. Lichtenberger, seine Befehle weitergab, und übernahm den Schutz der deutschen Siedlungsgebiete. Sie setzte sich aus dem Stab in Esseg samt einer "Stabswache", dem seit Oktober 1941 gebildeten Verfügungsbataillon "Prinz Eugen" mit sechs Kompanien von insgesamt ca. 1.500 Mann und den bis Ende August 1942 formier-

ten drei Bereitschaftsbataillonen "Ludwig von Baden", "General Laudon" und "Emanuel von Bayern" mit je vier Kompanien, insgesamt 1.800 Mann, zusammen und rekrutierte sich bis zu den Waffen-SS-Werbungen aus 17- bis 22jährigen Freiwilligen, deren Dienstzeit als aktiver kroatischer Wehrdienst angerechnet wurde.

Sämtliche Einheiten befanden sich dauernd im Einsatz gegen Partisanen. Sie wurden von den beiden seit Dezember 1941 im Rahmen der kroatischen Landwehr aus deutschen Reservisten aufgestellten Jäger- und Eisenbahnsicherungsbataillonen unterstützt, die im Laufe des Jahres 1942 auf zwei, bzw. drei Bataillone verstärkt wurden. Alle Angehörigen dieser Verbände wurden bis zum Frühjahr 1943 zur Waffen-SS eingezogen, worauf ältere Jahrgänge der Volksgruppe in die Bataillone einrücken mußten. Daher wurde auch der Ortsschutz im Februar 1943 als "Heimatwache der Deutschen Volksgruppe" für alle Männer vom 16. bis 60. Lebensjahr neu organisiert. Wegen der immer stärker spürbaren Partisanenüberfälle schaltete sich Himmler im gleichen Jahre ein.

Die Volksgruppe und Altgayers Stab wurden einem unmittelbar Himmler untergeordneten "Beauftragten des RFSS" beim "Bevollmächtigten Deutschen General in Kroatien" unterstellt. Der in diese Stellung nach Agram berufene SS-Brigadeführer Kammerhofer sollte das von Partisaneneinheiten "befreite Gebiet" "zur endgültigen Befriedigung" sichern.

Von einer dauerhaften Eindämmung der Partisanentätigkeit konnte aber trotz vorübergehender Erfolge der deutschen Truppen längst keine Rede mehr sein, eher gelang es den Partisanengruppen bei der sich allgemein für Deutschland verschlechternden Kriegslage, ihre Operationsgebiete auszudehnen und ihre Verbände zu verstärken. Die Kriegsführung wurde auf beiden Seiten zunehmend erbitterter und grausamer. Überfälle und Sabotageakte der Partisanen forderten Vergeltungsaktionen und Sühnemaßnahmen der deutschen Truppen heraus.

Zu ihnen wurden häufig auch volksdeutsche Einheiten der Selbstschutz- oder Waffen-SS-Verbände herangezogen; diese in der Kriegs- und Bürgerkriegssituation entstandene Mitwirkung an Geiselschießungen oder beim Niederbrennen von Feldern und Dörfern hatte später für das Jugoslawiendeutschtum insgesamt unheilvolle Konsequenzen. Die jugoslawischen Partisanen wollten darin nur einen Beweis für die gleichbleibend aggressive und illoyale Haltung der Jugoslawiendeutschen sehen.

In ihren Augen zog sich eine gerade Linie von den Ereignissen im April 1941 über das Vorgehen der in vielen deutschen Siedlungen eingesetzten Hilfspolizei bis zum militärischen Einsatz der "Deutschen Mannschaft" in der Umgebung volksdeutscher Gemeinden und ihrem Anteil an Geiselerhaftungen und Sühneexekutionen. Hier hatte der Deutschenhaß der jugoslawischen Widerstandsgruppen, der schließlich in der Forderung nach kollektiver Vergeltung am Jugoslawiendeutschtum gipfelte, eine seiner Wurzeln.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete über die sowjetischen Vorstöße nach Jugoslawien; Evakuierungsmaßnahmen und die Flucht der Jugoslawien-Deutschen (x006/85E-89E): >>**Evakuierung und Flucht der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien**

Der Ablauf der politischen und militärischen Ereignisse brachte es mit sich, daß Umsiedlungspläne und Umsiedlungsaktionen in Evakuierungsmaßnahmen und Fluchtbewegungen übergingen, ohne daß die einen ohne weiteres von den anderen unterschieden werden könnten.

So wurde, ehe sich im Herbst 1944 die Front den Grenzen des ehemaligen Jugoslawiens un-aufhaltsam zu nähern begann, ein Teil des Kroatiendeutschtum von einer Evakuierungswelle erfaßt, die sich noch in enge Verbindung mit Himmlers Umsiedlungsplänen seit dem Sommer 1942 bringen läßt. Im Januar 1944 hatte Himmler nämlich die Umsiedlung der Volksdeutschen aus den "bandengefährdeten" Gebieten Westslawoniens nach Syrmien angeordnet und damit nach knapper Jahresfrist auf einen Kompromißvorschlag der VOMI und des Auswärtigen Amtes zurückgegriffen, mit dem die Diskussion einer Gesamtumsiedlung der Volksgrup-

pe in Kroatien abgeschlossen worden war.

Die Aktion wurde im gleichen Monat ohne Wissen des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Gesandtschaft in Agram, ja sogar eines Teils der Volksgruppenführung begonnen und in aller Eile von der Waffen-SS ausgeführt. Bis Ende März 1944 wurden ca. 20.000 Deutsche aus fast 30 westslawonischen Gemeinden nach Syrmien und in die Umgebung von Esseg transportiert, wo man sie provisorisch bei deutschen Familien und auf verlassenen serbischen Gehöften unterbrachte. Die kroatische Regierung, die sich übergeben fühlte, widersprach, und das Auswärtige Amt bat dringend um Einstellung der Evakuierung, da politische Rückwirkungen auf die Kroaten und Serben bei einem so überstürzten Vorgehen noch vor der Erntezeit unausbleiblich schienen, wenn die Deutschen weiter als erste flüchteten.

Trotzdem wurde der Abtransport der Deutschen nach Syrmien auch im April 1944 nicht eingestellt, so daß schließlich ca. 25.000 Slawoniendeutsche ihre Siedlungen verlassen mußten. Der Leiter der VOMI befließigte sich, der Aktion den Charakter der Umsiedlung abzusprechen. Tatsächlich waren die Grenzen zwischen Evakuierung und Umsiedlung inzwischen völlig fließend geworden.

Anfang September 1944 gewann dann die Frage einer Gesamtevakuiierung des Kroatien-deutschums, nunmehr unter dem Zwang der militärischen Lage, d.h. des drohenden russischen Vorstoßes nach Ungarn und der gesteigerten Aktivität der Partisanenbrigaden, erhöhte Bedeutung. Der deutsche Gesandte Kasche sprach sich noch am 6.9.1944 aus Rücksicht auf die kroatische Kampfmoral gegen einen beschleunigten Abzug aus, der SS-Bevollmächtigte Kammerhofer dagegen hatte schon von der VOMI die Vollmacht zur Evakuierung erhalten. In Besprechungen mit der Volksgruppenführung wurde der allgemeine Rahmen für den Abtransport der Deutschen "bei ernster Gefahr" abgesteckt: die Kinder sollten als erste mit der Eisenbahn auf der Linie Esseg - Wien ins Reich gebracht werden, während die Masse der Volksgruppe in Trecks durch Ungarn nachfolgen sollte.

Der dehnbare Begriff der ernstesten Gefahr wurde dahin ausgelegt, daß die Evakuierung der Banater Volksdeutschen oder eine angloamerikanische Landung an der kroatischen Küste als das auslösende Signal gelten sollte. Unter diesen Voraussetzungen erklärte sich auch Ribbentrop mit der Evakuierung einverstanden, doch erst am 25.9.1944 wurde die Agramer Gesandtschaft vom Auswärtigen Amt instruiert, den Evakuierungsplan mit Kammerhofer abzustimmen. Inzwischen waren die Deutschen in Mittelslawonien in einer Reihe von örtlichen Evakuierungen in Syrmien zusammengeführt worden. Einzelne Siedlungen blieben freilich noch immer von diesen Maßnahmen verschont, vor allem entlang der wichtigen Bahnlinie von Belgrad nach Agram, wo deutsche Truppen stationiert waren.

Dagegen wurden jetzt die bei der Bosnienumsiedlung ausgenommenen deutschen Dörfer Windthorst, Adolfstal und Troschelje regulär evakuiert (22.9.). Die bis Anfang Oktober in Syrmien konzentrierten Volksdeutschen mußten sodann, meist mit Hilfe der Wehrmacht, in überwiegend geschlossenen und geordneten Trecks das Land verlassen, ohne daß sich dieser Abzug streng an die von der Volksgruppenführung ausgearbeiteten Richtlinien gehalten hätte. Durch die Baranja und Südungarn, unterhalb des Plattensees her ihren Weg nehmend, erreichten sie bis Ende Oktober die damalige Reichsgrenze und wurden entweder in Österreich oder aber nach der Weiterleitung bis Schlesien in Landgemeinden untergebracht, aus denen sie z.T. vor den herannahenden Russen erneut nach Westen flüchteten. –

Ende Oktober galten Syrmien und Slawonien als von Deutschen geräumt; nur wer sich freiwillig ausgeschlossen hatte, konnte zurückbleiben. Damit war das Kroatiendeutschtum im Hinblick auf die Kriegslage noch rechtzeitig und in seiner überwiegenden Mehrheit evakuiert worden.

Ungleich schwieriger stellte sich das Evakuierungsproblem in den deutschen Hauptsiedlungsgebieten der Batschka und des Banats dar. Nach der rumänischen Kapitulation am 23.8.1944 und der dadurch ausgelösten militärischen und politischen Verwirrung der letzten Augusttage,

auf die der schnelle Vorstoß der "2. ukrainischen Front" Malinowskis in Richtung auf die Theiß folgte, wurden die Volksdeutschen in der 1941 ungarisch gewordenen Batschka und Baranja unmittelbar vor die Entscheidung zur Flucht gestellt.

Aus politischen Rücksichten auf den letzten Bundesgenossen des Reiches in Südosteuropa waren genaue Evakuierungspläne nicht aufgestellt worden. Nur für das Gebiet um Neusatz war eine Räumung in Aussicht genommen, die allerdings auch erst in den ersten Oktobertagen überhastet und nur teilweise verwirklicht wurde. Als der russische Angriffskeil nördlich an Groß-Betschkerek vorbei auf Neusatz zu in die südöstliche Batschka vorstieß, wurde am 4.10. in der Stadt zur Flucht aufgefordert; am 9.10. verließen sie die letzten Flüchtlinge auf einigen donauaufwärts fahrenden Kähnen.

Südlich der Linie Apatin - Tschervenka, also im Südteil der Batschka, setzten sich Trecks zwischen dem 8. und 11.10.1944 in Marsch; einem Teil der Volksdeutschen gelang es, den bequemerem Schiffsweg bis Mohács zu wählen, wo auch die Trecks eintrafen, um weiter nördlich bei Baja die Donau zu überqueren.

Kleinere Gruppen konnten von Mohács oder doch von Ödenburg aus die Bahn benutzen, während die Trecks gewöhnlich nach zwei Monaten beschwerlicher Reisezeit in den schlesischen oder oberösterreichischen Auffangquartieren eintrafen, die sie im März oder noch im April 1945 in erneuter Flucht vor der Roten Armee verließen.

In der nördlichen Batschka blieb die Flucht durchweg der Einzelinitiative der Donauschwaben überlassen. Auf dem gleichen Wege wie die Wagenkolonnen aus dem Süden verließen die Trecks der volksdeutschen Bevölkerung die Heimat und machten dann die gleichen Erfahrungen. Vor allem Angehörige der jüngeren Generation zogen die Flucht der von der Besetzung ihrer Dörfer durch Russen drohenden Gefährdung vor, wogegen die Älteren im Vertrauen auf ihre bewiesene Loyalität und nicht gewillt, den ererbten Besitz freiwillig aufzugeben, blieben und das Risiko einer noch ungewisseren Zukunft auf sich nahmen.

War es in der Batschka und Baranja etwa die Hälfte der Deutschen, der die Flucht gelungen sein mochte, so (waren es) bei den Banater Schwaben weniger als ein Zehntel; nur das in Belgrad konzentrierte Deutschtum Nedić-Serbiens wurde noch vor Beginn der Belagerung mit Eisenbahn und Schiffen rechtzeitig evakuiert. Die Volksgruppenführung in Groß-Betschkerek hatte zwar einen minutiös genauen Evakuierungsplan für das gesamte Banat ausgearbeitet, der Befehl zum Aufbruch wurde jedoch in den letzten Septembertagen, als sich die Truppen von Tolbuchins "3. ukrainischer Front" näherten, immer wieder hinausgezögert.

Der höhere SS- und Polizeiführer in Belgrad, Behrens, und sein Vertreter bei der Volksgruppenführung, SS-Brigadeführer Fiedler, widersetzten sich strikt jeder Vorbereitung zur Flucht, und vage Gerüchte über den Einsatz frischer deutscher Verbände oder gar der "Wunderwaffen" bewogen auch die Verantwortlichen um Dr. Janko zu weiterem Abwarten.

Immerhin bedeutete der am 13.-15.9.1944 unternommene Vorstoß deutscher und ungarischer Truppen bis vor Temeschburg insofern ein warnendes Zeichen für das serbische Banat, als die kurzfristige Besetzung des größten Teils des rumänischen Banats sogleich zur systematischen Evakuierung der deutschen Bevölkerung benutzt wurde, deren Trecks durch das serbische Banat nach Ungarn zogen und dort die weitere Entwicklung abwarteten.

Die drohende Gefahr wurde also nicht nur der Volksgruppenführung in Groß-Betschkerek, sondern auch den Deutschen der Dörfer und Städte längs der Durchfahrtstraßen unmittelbar vor Augen geführt, und fraglos hätte nach dem Scheitern des Angriffs auf Temeschburg mit allem Nachdruck auf eine zu diesem Zeitpunkt noch mögliche Evakuierung hingewirkt werden müssen. Allein Tag für Tag verging in wachsender Spannung, Fragesteller bei der Volksgruppenführung wurden getröstet und zur Ruhe ermahnt.

Am 1.10. gingen noch einige Kindertransporte aus Kubin, Homolitz, Ploschitz und Karlsdorf mit der Eisenbahn ins Reich. Zu der geplanten Verschickung möglichst aller Kinder mit dem Ziel, ihnen die Strapazen des Trecks zu ersparen, wie diesen zu entlasten, war es bereits zu



spät.

Plötzlich brachen die russischen Angriffsspitzen in das Banat ein: motorisierte Truppen stießen über Modosch vor und tauchten, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, zwischen dem 29.9. und 5.10. auf ihrem Weg nach Westen auch in den Dörfern der Donauschwaben auf. Eine überstürzte Fluchtbewegung setzte hier und da noch ein: über eine Ponton-Brücke über die Theiß bei Aradac verließen Gruppen der deutschen Bevölkerung von Groß-Betschkerek einschließlich der Volksgruppenführung das Banat; ein verhältnismäßig großer Treck von 500 Personen konnte am 1.10. mit Genehmigung der Partisanen Perlas verlassen, aus Kubin schlugen sich Volksdeutsche auf einem Kahn bis Semlin durch und gelangten von dort mit der Eisenbahn nach Österreich.

Familien und Einzelne strebten in regelloser Flucht den Theiß- und Donauübergängen zu, Wehrmachtseinheiten nahmen auf dem Rückzug bisweilen Grüppchen auf Lastwagen mit - im allgemeinen kam jedoch der russische Vorstoß zu überraschend, als daß sich nach den verpaßten Gelegenheiten in der letzten Septemberwoche noch ein geregelter Abzug aus den donauschwäbischen Siedlungen hätte durchführen lassen. Allein aus Weißkirchen wurden dank der Initiative des deutschen Ortskommandanten die Deutschen geschlossen auf dem Wege über Belgrad evakuiert.

Die genaue Zahl der Jugoslawiendeutschen, die seit dem Oktober 1944 unter der Besatzungsherrschaft der Russen und Partisanen zurückblieben, läßt sich nicht angeben. Sorgfältige Schätzungen beziffern sie auf ca. 200.000; danach ist die Mehrheit durch Evakuierung oder Flucht entkommen.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über den sowjetischen Einmarsch in Jugoslawien (x006/90E-93E): >>... Anfang November 1944 zeigte die militärische Lage in Jugoslawien folgendes Bild: nach dem Fall Belgrads am 20.10.1944 stand das Gebiet nördlich der Donau und Sawa bis zu einer nordsüdlich verlaufenden Linie von Esseg nach Brcko, wo die Front von Ende Oktober 1944 bis Anfang April 1945 stabilisiert werden konnte, unter russischer Besetzung.

Während die russischen Truppen nördlich der Drau weiter vorstießen und im Januar 1945 den Raum um Nagykanizsa unterhalb des Plattensees erreichten, blieb der Zwischenstrombereich zwischen Sawa und Drau westlich der Front unter der Kontrolle deutscher und kroatischer Einheiten. Südlich der Sawa und Donau fiel die militärische Vorherrschaft den Partisanenbrigaden zu, die indes keineswegs stark genug waren, den Durchzug der gesamten Heeresgruppe E aufzuhalten, die sich von Griechenland über Skoplje, Sarajewo nach Norden bis Slowenien den Weg freikämpfte. Bis auf verschwindend geringe Minderheiten im Norden des "Unabhängigen Staates Kroatien" und mit Ausnahme der Deutschen in Slowenien befand sich zu diesem Zeitpunkt die in der Heimat verbliebene volksdeutsche Bevölkerung im Herrschaftsbereich der sowjetischen Truppen und Partisanen.

Im allgemeinen vollzog sich der russische Einmarsch ohne Ausschreitungen, da Jugoslawien als verbündetes und zu befreiendes Land angesehen wurde. Die Truppen ließen sich verpflegen und requirierten Wagen und Pferde. Wo es zu Vergewaltigungen kam, spielte die Nationalität der Frauen meist keine Rolle. Deutsche Frauen waren häufig erst betroffen, nachdem die russischen Soldaten von Partisanen auf sie hingewiesen worden waren.

Im Banat wurden unmittelbar nach dem Durchzug der Russen sogenannte "Ortsbefreiungsausschüsse" meistens durch die ansässigen Serben, darunter in erster Linie die "Ortspartisanen", gebildet. Die alte Verwaltung blieb oft noch einige Tage erhalten, volksdeutsche Beamte fungierten weiter in ihren Ämtern; in Groß-Betschkerek wurde sogar J. Keks bis zum 10.10.1944 als Vertreter der donauschwäbischen Bevölkerung in den Ortsbefreiungsausschuß aufgenommen. Zu dieser Zeit kam es zwar zu persönlichen Racheakten an Deutschen aus Gründen, die teils in die Vorkriegszeit zurückreichten, teils durch die Verhältnisse nach 1941 bedingt waren; in vielen Fällen schritt auch der Pöbel der Ortschaften zu Plünderungen.

Jedoch erst als neben die Herrschaft der Ortsbefreiungsausschüsse die Militärverwaltung der etwa seit dem 10.10.1944 einziehenden "regulären" Partisaneneinheiten trat, die seit Jahren aus den Bergen heraus gegen die deutsche Besatzungsmacht operiert hatten, wurden der uneingeschränkten Willkür die Tore geöffnet. Indessen hat sich auch unter diesen Umständen in manchen Ortschaften das gute nachbarliche Verhältnis zwischen Deutschen und Andersnationalen bewährt: im Banat waren es Serben, in der Batschka Madjaren und Serben, die den Volksdeutschen solange und so oft als möglich materiell halfen oder als ihre Fürsprecher auftraten.

Ganz ähnlich wie im Banat, nur mit einer zeitlichen Phasenverschiebung, verlief die Entwicklung in der Batschka, wo zudem das serbische Element geringer vertreten war. Hier wurden die Deutschen in der zweiten Oktoberhälfte - so z.B. in Filipovo und Sombor - unmittelbar der Militärherrschaft und Gebietsverwaltung der "fremden" Partisanen unterstellt.

Erst nach diesem Zeitpunkt, nach der Übernahme auch der gesamten Verwaltung durch die Partisanengruppen, setzte die erste Welle der Verhaftungen ein. Sie erfaßte im allgemeinen besonders ausgewählte Gruppen der deutschen Bevölkerung: die Angehörigen vor allem der "Deutschen Mannschaft", der Waffen-SS, darunter vornehmlich wieder der Division "Prinz Eugen", die Vertreter volksdeutscher Organisationen, die seit dem April 1941 ernannten deutschen Bürgermeister und Verwaltungsbeamten, Männer im Alter von 17 bis 60 Jahren, oft auch deren Frauen und weibliche Angestellte der Volksgruppenorganisationen.

Die Verhafteten wurden fast immer stundenlang verhört, auf jede mögliche Weise mißhandelt und in Keller oder Gefängnisräumen zusammengepfercht, ehe sie in mehr oder weniger langen Fußmärschen in die improvisierten Lager getrieben wurden, die nun in den Bezirksorten des Banats eingerichtet wurden, z.B. in Zerze, Kubin, Pantschowa, Weißkirchen, Werschetz und Kikinda. In der nördlichen Batschka wurden diese Gruppen in Sombor, im südlichen Teil in Neusatz gesammelt. Die Gleichartigkeit dieser Vorgänge seit den letzten Oktobertagen weist auf allgemein verbindliche Anweisungen für die örtlichen Partisanenführer hin, so daß die Verhaftungen zentral gesteuert gewesen sein dürften.

Parallel zu diesen Inhaftierungen begannen die Erschießungen volksdeutscher Männer, die häufig den Charakter von Massenliquidationen annahmen. In Startschowa wurden z.B. nach einem willkürlichen Ausleseverfahren in der Nacht auf den 22.10.1944 ca. 80 Männer erschossen, ähnliches ereignete sich in Sartscha, Deutsch-Zerze und vielen Orten des Banats, sowie ebenfalls der Batschka. Eine Partisanengruppe erschoss Volksdeutsche in Hodschag; vielleicht das gleiche Liquidationskommando trieb am 25.10. in Filipovo etwa 350 volksdeutsche Männer zusammen und erschoss 240 von ihnen.

Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß es förmliche Exekutionseinheiten der Partisanen gab, die von einer donauschwäbischen Ortschaft zur anderen zogen, um dort ihre Sonderaufträge zu erfüllen. Gruppenerchießungen kamen auch auf dem Weg in die Lager und dort selbst vor, sobald die ersten Inhaftierten eingeliefert worden waren; in Werschetz, Kikinda und Groß-Betschkerek schritten die Bewachungsmannschaften mehrfach zu solchen Aktionen.

Die Motive zu diesen Massenhinrichtungen Tausender von Volksdeutschen dürften einmal in der aufgespeicherten Rachsucht zu suchen sein, die nun ohne weitere Fragen nach Schuld oder Unschuld schlechthin jeden Deutschen treffen konnte. Sodann wird das Moment der bewußten Terrorisierung eine maßgebliche Rolle gespielt haben, um die Volksdeutschen, nachdem sie durch die Verhaftungen und Erschießungen ihrer daheimgebliebenen Führungsgruppen beraubt und in Angst und Schrecken versetzt worden waren, den neuen Machthabern gefügig zu machen.

Anfang November 1944 wurde die deutsche Bevölkerung der Städte - z.B. Pantschowa, Werschetz, Groß-Betschkerek - aus ihren Wohnbezirken entfernt und auf die Lager in Nachbardörfern verteilt. Ganz gleich wo, überall galt für die Deutschen die Arbeitspflicht; Aufent-

haltsbeschränkungen und Ausgehverbote engten ihre Bewegungsfreiheit ein, ein Kauf- und Verkaufsverbot wurde erlassen, oft eine Nachrichtensperre verhängt, die sogar Nachbardörfer völlig voneinander isolierte.

Die Lager in den Bezirksorten dienten gleichzeitig als Zentralarbeitslager, von denen der Einsatz an bestimmten Brennpunkten gelenkt wurde. Russen und Partisanen erhoben vielfältige Ansprüche: kriegsbedingte Transport-, Aufräumungs- und Verladearbeiten waren zu leisten, Straßen und Bahnlinien auszubessern, landwirtschaftliche Arbeiten auf den Staatsgütern auszuführen. Bei dem steten Verlangen vor allem der sowjetischen Militärstellen nach Arbeitskräften erwies sich die Einrichtung der Lager für die Partisanen als organisatorische Erleichterung.

Im Lager Sombor wurden Arbeitstrupps für Aufgaben im rückwärtigen Bereich der Front zusammengestellt, sie mußten die von den abziehenden deutschen Truppen zerstörte Bahnstrecke Kikinda - Szeged ausbessern. Die in Palanka, dann in Neusatz gesammelten Volksdeutschen aus der südlichen Batschka wurden z.T. in die Gruben von Vrdnik in der Fruska Gora geschickt, andererseits mußten Neusatz, Semlin und weitere Ersatzlager wieder den Nachschub für die Bahnarbeiten in Syrmien an der Strecke von Belgrad bis zur Front stellen, wo besonders hohe Verluste auftraten. In allen Lagern war die Zahl der Todesopfer hoch: willkürliche Erschießungen, Mißhandlungen, völlig unzureichende Nahrung und ununterbrochen schwere physische Arbeit rafften die Insassen dahin.

In Jarek entstand Anfang Dezember das erste große Konzentrationslager für arbeitsunfähige Volksdeutsche aus der südlichen Batschka, während im Banat das gleichzeitig geschaffene Lager Nakovo nach zwei Wochen wieder aufgelöst wurde - ein Zwischenspiel, das auf eine gewisse Unentschiedenheit in der Behandlung der Deutschen hinzuweisen scheint.

Es dauerte dann noch bis zum März/April 1945, ehe die allgemeine Internierung der jugoslawiendeutschen Bevölkerung dazu führte, daß sich das Leben der Deutschen fast nur noch in Lagern abspielte. Allgemein war aber schon die Atmosphäre durch die Erwartung oder Ausführung der Beschlüsse des "Antifaschistischen Rats" (AVNOJ) bestimmt, die sich mit ihrem Geschick befaßten.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Gewalttaten der jugoslawischen Partisanen nach dem sowjetischen Einmarsch in Jugoslawien (x010/48-50): >>Unmittelbar nach der Übernahme der Militärherrschaft durch Partisanengruppen in den deutschen Hauptsiedlungsgebieten Jugoslawiens, d.h. im Banat, in der Batschka und Baranya sowie in Syrmien seit dem 10.10.1944, setzten Massenexekutionen und schwerste Mißhandlungen, verübt an den in diesen Gebieten Verbliebenen, ein. Die Partisanen betrachteten die deutsche Volksgruppe in ihrer Gesamtheit als einen dem Okkupanten besonders gefügig gewesenen Bevölkerungsteil Jugoslawiens, und dies um so mehr, als Zehntausende der wehrfähigen Deutschen im Kampfe gegen sie eingesetzt worden waren.

Bei den Verhaftungen wurde offensichtlich unterschiedlich vorgegangen: Nach dem Berichtsmaterial wurden insbesondere ehemalige Angehörige der Waffen-SS, der Deutschen Mannschaft (Ortswachen), bei Volksgruppenorganisationen tätig gewesene Deutsche einschließlich Frauen, deutsche Bürgermeister und Verwaltungsbeamte, Angehörige der intellektuellen Kreise sowie die als besonders wohlhabend geltenden Bürger und Landwirte betroffen.

Nach anderen Berichten fanden sich zunächst unterschiedslos alle deutschen Männer unter den Festgenommenen. Die Verhafteten wurden unter Gewehrkolbenstößen in Gefängnisse oder verliesartige Kellerräume geschleppt, ... zu Verhören gerufen, die unter brutalsten Mißhandlungen stattfanden, sodann geschlossen oder z.T. zu einem vorher zur Exekution ausgehobenen Graben außerhalb der Gemeinden getrieben und dort erschossen. ... Aus insgesamt 117 Gemeinden der obengenannten Siedlungsgebiete sind ... Erschießungen oder andere Tötungen von Deutschen überliefert ...

Mindestens in gleichem, wenn nicht in höherem Ausmaße, fanden nach dem vorliegenden Material Massenerschießungen in den seit Oktober 1944 in diesen Gebieten zur Internierung und für den Arbeitseinsatz der Deutschen angelegten Lagern statt ... Zu diesen Exekutionen wurden teils nach Verhören, teils willkürlich Gruppen von Insassen herausgeholt. Erschossen wurden u.a. auch durch Krankheit und Schwäche arbeitsunfähig gewordene Deutsche. Unter dem Vorwand, sie für leichtere Arbeiten einzusetzen, waren Akademiker, Lehrer, Kaufleute veranlaßt worden, sich zu melden. Aber auch sie sind Opfer von Exekutionen geworden.

Anfang Dezember 1944 sind dann in den Gemeinden wie in den Lagern die Massenerschießungen angeblich auf sowjetischen Einspruch hin eingestellt worden ...

In Kroatien und Slawonien war vor der im April 1945 erfolgten Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Partisanen die überwiegende Mehrheit der Deutschen evakuiert worden. ... Es (kam) auch hier zunächst in den Gemeinden zu Erschießungen aufgespürter Deutscher. Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Zwangsverschleppung der Jugoslawien-Deutschen (x006/93E-96E): >>**Die Deportation in die UdSSR**

Die zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion bestimmten Jugoslawiendeutschen wurden um die Jahreswende von 1944 auf 1945 deportiert. Davon war vor allem die im Banat und in der Batschka und Baranja ansässige Bevölkerung betroffen. Die Ausführung der Aktion, die Erfassung der arbeitsfähigen Jahrgänge, sowie der Transport zu den Verladebahnhöfen lag in den Händen der Partisanenkommandos.

Die Musterung auf Arbeitstauglichkeit wurde in der Regel kurz vor dem Abtransport durch russische Kommissionen vorgenommen. Es ist anzunehmen, daß der Verschleppungsaktion ähnlich wie in Ungarn und Rumänien russische Forderungen nach Arbeitskräften für den Wiederaufbau in den durch Kriegsschäden betroffenen sowjetischen Gebieten zugrunde lagen. Da es sich bei der Eroberung der Woiwodina durch die Rote Armee nicht um die Besetzung von Feindesland handelte, wie im Falle Ungarns, und sich die Beziehungen zwischen Sowjets und Jugoslawien zunächst ungleich enger gestalteten als die zwischen Sowjets und Rumänien, liegt die Annahme recht nahe, daß russische Forderungen zur Stellung von Arbeitskräften sich nur auf die deutsche Bevölkerung bezogen haben.

Ob hierüber Verhandlungen zwischen Tito und Stalin geführt wurden, ist jedoch unbekannt. Dem Partisanenregime bot sich auf diese Weise eine zusätzliche Möglichkeit, in der schon begonnenen radikalen Lösung des deutschen Problems weiter voranzuschreiten. Andererseits zeigte sich im Verlauf der Zwangsverschickung, daß die Partisanen an einzelnen Stellen den Abtransport von Handwerkern und Facharbeitern zu verhindern suchten, da ihnen an der Ausnutzung dieser Kräfte für den Wiederaufbau ihres Landes gelegen sein mußte.

Die Deportationen setzten schlagartig am 25.12.1944 ein; sie dauerten bis Anfang Januar 1945. Bei der Wahl des ersten Zeitpunktes war man wohl bestrebt, den Moment zu nutzen, an dem die Mitglieder der einzelnen Familien anlässlich der Feiertage zusammengekommen waren. Von der Aushebung betroffen waren die arbeitsfähigen Jahrgänge der deutschen Bevölkerung, Männer im Alter von 17 bis 45, Frauen im Alter von 18 bis 40 Jahren. Diese wurden in den Dörfern aufgefordert, sich auf den Gemeindehäusern einzufinden, wo sie von Partisanen erstmals registriert wurden.

Sodann folgte der Abtransport zu den Sammelstellen, der entweder sofort geschah oder nach kurzfristiger Entlassung der Betroffenen vollzogen wurde. Dabei gab man diesen Gelegenheit, warme Kleidung und Lebensmittel für ca. 14 Tage mit sich zu nehmen, die, wie gesagt wurde, zum Unterhalt für einen längeren Arbeitseinsatz innerhalb Jugoslawiens notwendig wären. In manchen Gegenden wurde Gepäck bis zu einem Gewicht von 200 kg zugelassen und empfohlen. Die zur Deportation Erfassten wurden zu den Sammelstellen zu Fuß unter Partisanenbe-

wachung transportiert.

Die Sammelstellen befanden sich in den Städten mit günstigen Eisenbahnanschlüssen; in der Batschka waren dies Sombor, Apatin, Kula und Hodschag, im Banat Kikinda, Pantschowa, Groß-Betschkerek und Werschetz. In diesen Städten und den ihnen benachbarten Ortschaften folgten auf die Aushebung unmittelbar Verladung und Abtransport. Aus ihnen wurden auch die arbeitsfähigen Insassen der Internierungs- bzw. Arbeitslager deportiert, soweit sie nicht auswärts zur Arbeit eingesetzt waren.

Dem Abtransport ging eine Musterung durch sowjetische Militärkommissionen voraus; in vielen Fällen war sie mit einer ärztlichen Untersuchung verbunden. Zurückgestellt wurden in der Regel nur Schwangere, Frauen mit Kleinkindern, offensichtlich Kranke und Körperbehinderte. Der Anteil der Frauen überwog sehr stark; zu den einzelnen Verschleppungstransporten gehörten häufig 6- bis 8mal soviel Frauen wie Männer, deren arbeitsfähige Jahrgänge zum größten Teil zu den Einheiten der Waffen-SS und Wehrmacht eingezogen waren.

Die Ausgehobenen blieben bis zum Abtransport und oft auch noch während der Fahrt über ihr Schicksal im Ungewissen; es kam jedoch auch gelegentlich vor, daß sie nach der Musterung über die Deportation in die Sowjetunion unterrichtet wurden. Die kursierenden Gerüchte veranlaßten allerdings viele, sich mit warmer Winterkleidung einzudecken; Klarheit über das tatsächliche Reiseziel gewannen viele erst auch dem Überschreiten der rumänischen Grenze. Der Transport geschah in Güterwaggons, die nur notdürftig mit Stroh versehen und mit 30 bis 45 Personen belegt wurden.

Die Transportzüge, die auf den Verladebahnhöfen zusammengestellt wurden, waren 40 bis 50 Waggons stark. Das Begleitpersonal bestand aus russischen Soldaten, die sich während der Fahrt im allgemeinen korrekt verhielten. Die Waggons waren während der Fahrt durch Jugoslawien fest verschlossen und wurden erst nach dem Passieren der Grenze dann und wann auf offener Strecke oder an kleinen Stationen geöffnet. Die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln während der Fahrt war denkbar unzureichend, konnte jedoch teilweise durch "die mitgenommenen Vorräte ausgeglichen werden. Da kaum Brennmaterial für die in den Waggons aufgestellten kleinen Eisenöfen aufzutreiben war, erhöhten sich die Strapazen der Fahrt, so daß es zu zahlreichen Erkrankungen und vereinzelt Todesfällen kam.

Die Fahrt dauerte im Durchschnitt 15 bis 20 Tage und führte durch Rumänien, wo meistens in Jassy auf russische Breitspurwaggons umgeladen wurde. Das Ziel der Transporte war zumeist das Industrieviertel im Donezbecken, wo die Deportierten in Arbeitslager überführt wurden, die sich auf Städte und Kreisgebiete zwischen Charkow und Rostow verteilten.

Nach einer kurzen Ruhepause von acht bis vierzehn Tagen begann der Arbeitseinsatz. Unterschiedslos wurden Männer und Frauen zu schwerer Arbeit herangezogen. Die Kräftigeren arbeiteten unter Tage, wo sie zunächst zur Instandsetzung der Gruben, dann in der Kohleförderung eingesetzt waren. Die anderen führten Aufräumungsarbeiten aus und waren, zunächst im Rahmen des Wiederaufbaus, auf Bauplätzen, Entladebahnhöfen, in Industriewerken, auf Sowchosen und Kolchosen usw. tätig. Gearbeitet wurde nach dem sowjetischen Leistungssystem.

Die Zuteilung der sehr knappen Lebensmittelrationen war abhängig von der Erfüllung vorgeschriebener, oft sehr hoher Arbeitsnormen. Von den baren Lohnzuwendungen verblieb nach dem Abzug der Unterbringungs- und Verpflegungskosten nur ein unbedeutender Rest, so daß eine formale Gleichstellung der Deportierten mit den russischen Arbeitern, soweit sie überhaupt bestanden hat, praktisch ohne Bedeutung blieb. ...<<